

206

Runderlaß des Ministerialdirigenten Müller**I B 5-82.21-92.12****Aufgabe: 11. Juni 1971, 11.27 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 2941 Plurex****Betr.: Besuch des indischen Außenministers in Bonn²**

1) Indischer Außenminister hielt sich im Rahmen einer Reise in mehrere Hauptstädte am 9. und 10. Juni aus Moskau kommend³ in Bonn auf, um der Bundesregierung den Standpunkt der indischen Regierung in der Ostpakistan- und Flüchtlingsfrage⁴ darzulegen und ihre Unterstützung zur Lösung des Problems zu erbitten. Er wurde am 10.6. zu einer längeren Aussprache durch den Herrn Bundesminister und den Herrn Bundeskanzler empfangen. Außerdem hatte er am Abend des 9.6. einen umfassenden Meinungsaustausch mit Staatssekretär Frank.

2) Sowohl dem Herrn Bundeskanzler als auch dem Herrn Bundesminister gegenüber legte Swaran Singh in eindringlichen Worten Ursachen und Entwicklung der gegenwärtigen Krise dar. Er dankte für das deutsche Verständnis in der Flüchtlingsfrage und für die von Deutschland gewährte Hilfe.⁵

Sehr nachdrücklich wies der indische Außenminister auf die Gefahren hin, die sich durch die großen Flüchtlingsströme („Civil invasion by our neighbour“) im indischen Grenzgebiet auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Sektor für Indien ergäben. Außerdem zeigte er die Gefahr der Radikalisierung und einer Vietnamisierung auf, falls keine politische Lösung des Ostpakistan-Pro-

¹ Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Hoffmann konzipiert.

² Gesandter Werner, Neu Delhi, teilte am 29. Mai 1971 mit, der Staatssekretär im indischen Außenministerium, Banerjee, habe ihn um umgehende Übermittlung folgender Nachricht gebeten: „Auf besonderen Wunsch von Indira Gandhi soll Außenminister Swaran Singh im Rahmen einer Rundreise durch mehrere europäische Staaten am 9. und 10. Juni [...] zu Gesprächen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Außenminister zur Verfügung stehen, um sie persönlich nicht nur über den Ernst des Flüchtlingsproblems, sondern auch über die Notwendigkeit einer politischen Lösung des Ostpakistan-Konflikts zu unterrichten und hierfür insbesondere bei den Konsortialstaaten um Unterstützung zu bitten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; Referat I B 5, Bd. 596.

³ Der indische Außenminister Swaran Singh hielt sich vom 6. bis 8. Juni 1971 in Moskau auf.

⁴ Zur indischen Haltung im Ostpakistan-Konflikt vgl. Dok. 135.

Am 7. Juni 1971 berichtete Gesandter Werner, Neu Delhi, von einem Gespräch mit dem indischen Kabinettssekretär Swaminathan und dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lall, über das Flüchtlingsproblem: „Am 4.6. habe die Flüchtlingszahl 4,6 Mio. überschritten. Wenn bis 15.4. ca. 80 % der Flüchtlinge Moslems, vom 15.4. bis 15.5. 45 % Moslems und 55 % Hindus gewesen seien, so sei das Verhältnis seit dem 15.5. 75 % Hindus zu nur 25 % Moslems. [...] Indien beabsichtige nicht, Flüchtlinge zu integrieren und wehre sich daher auch, sie in andere Landesteile abzutransportieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 463; Referat I B 5, Bd. 596.

⁵ Am 8. Juni 1971 notierte Referat I C 1-9, die Bundesregierung habe als ersten Beitrag zur UN-Hilfsaktion für die ostpakistanischen Flüchtlinge „dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen am 1. Juni aus dem hierfür bestimmten Titel des Auswärtigen Amts eine Million DM überwiesen. Die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für weitere Beiträge für Hilfsmaßnahmen für pakistanische Flüchtlinge in Indien und die notleidende Bevölkerung Ostpakistans wird das Kabinett am 9. Juni entscheiden. Fünf Mio. DM sollen mit Kabinettsentscheidung zur Verfügung gestellt werden.“ Außerdem seien Hilfsaktionen des DRK, der Caritas und des Diakonischen Werkes angelaufen. Vgl. Referat I B 5, Bd. 596.

blems gefunden werde. Nach den Worten Swaran Singhs hat das Flüchtlingsproblem den ursprünglich innerpakistanischen Konflikt internationalisiert, bürde dem indischen Staat untragbare Lasten auf und könne letztlich nur gelöst werden, wenn der Flüchtlingsstrom gestoppt werde und die Rückführung der Flüchtlinge ermöglicht werde. Allein in den letzten vier Tagen seien 300 000 neue Flüchtlinge gekommen, so daß die Gesamtzahl die fünf Mio.-Grenze übersteige. Die meisten von ihnen seien Hindus. Schon jetzt werde das indische Budget schätzungsweise 300 Mio. DM im nächsten halben Jahr zur Minimalversorgung der Flüchtlinge aufbringen müssen.

3) Swaran Singh trug folgende Bitten der indischen Regierung vor:

Internationale Einwirkung auf die pakistanische Regierung mit dem Ziel, daß die Flüchtlingsbewegung aufhöre und solche politischen Bedingungen in Ostpakistan hergestellt würden, die die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichten. Indien sei nur zur temporären Beherbergung der Flüchtlinge in der Lage. Was Not tue, sei eine unzweideutige Erklärung der Völkergemeinschaft. Ausschweigen diene letztlich auch nicht dem pakistanischen Interesse, es werde vielmehr den pakistanischen Führern den Eindruck vermitteln, daß die Welt die Entwicklung in Ostpakistan hinnehme. Außerdem müsse man auf die pakistanische Regierung durch Aussetzen der Wirtschaftshilfe einwirken; nur so würde sie zum Einlenken bewegt. Gegen humanitäre Hilfe bestünden keine Bedenken, dagegen habe er Einwendungen gegen alles, was letztlich der Stärkung der militärischen Macht Pakistans diene. Prinzipiell sei Indien wegen seinem Interesse an der Stabilität der Region an einem starken Pakistan interessiert.

4) In seiner Entgegnung betonte Bundesminister, daß niemand mehr Verständnis für Flüchtlingsprobleme aufbringen könne als wir. Daher die spontane Hilfe der Bevölkerung, daher die Hilfe der Bundesregierung. Eigentlicher Kern des Problems sei allerdings die Notwendigkeit, die politischen Verhältnisse in Ostpakistan zu normalisieren. Eine politisch vernünftige Lösung müsse durch alle Beteiligten in Pakistan erreicht werden. Dies sei eine innere Angelegenheit der Pakistaner.

Bundesminister wies auf die besondere Rolle der Weltbank und des Pakistan-Konsortiums⁶ hin, die Einfluß nehmen könnten, ohne etwa politischen Druck auszuüben. Er gehe davon aus, daß wirtschaftliche Investitionen nur sinnvoll seien, wenn die Zukunftsaussichten des Empfängerlandes ermutigend seien. Politischer Druck auf Pakistan von außen sei nach seiner Einschätzung eher

⁶ Am 4. Juni 1971 informierte Vortragender Legationsrat Jungfleisch über eine Sondersitzung des Konsortiums zur Vergabe von Kapitalhilfe an Pakistan vom 30. April 1971. Sie habe sich mit einem Aide-mémoire vom 27. April 1971 befaßt, in dem Pakistan ein sechsmonatiges Moratorium für den Schuldendienst für die im Rahmen des Pakistan-Konsortiums gewährte Finanzhilfe einschließlich Kapitalhilfe und Lieferantenkrediten erklärt habe. Die Geberländer des Pakistan-Konsortiums – Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Schweden und die USA – hätten sich „einstimmig dafür ausgesprochen, a) das von Pakistan einseitig erklärte ‚Moratorium‘ per 1. Mai 1971 ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, b) die Weltbank und den IWF zu bitten, Bericht über die tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Situation Pakistans zu erstatten und die Voraussetzungen zu klären, unter denen die Konsortialländer ein Moratorium mit Pakistan abschließen können. [...] Die meisten Konsortialländer sind bis jetzt nur bereit, humanitäre Maßnahmen zu ergreifen, unter diesem Gesichtspunkt auch die Beschaffung von Küsten- und Binnenschiffen für den Transport von Nahrungsmitteln in Ostpakistan in Erwägung zu ziehen.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 596.

kontraproduzent. Notwendig sei eine positive Zusammenarbeit mit dem Ziel der Beeinflussung. Die Bundesregierung werde alles in ihrer Macht Stehende tun, zu einer möglichst schnellen Lösung beizutragen.

Unter besonderem Hinweis auf das internationale Prestige des Bundeskanzlers bat Swaran Singh, der Bundeskanzler möge das Ostpakistan-Problem mit Präsident Nixon erörtern, was der Bundesminister zusagte.

5) Bundesminister gab einen Überblick über die Ergebnisse der NATO-Ministerratskonferenz in Lissabon⁷ und legte die Deutschland- und Entspannungspolitik der Bundesregierung unter besonderem Hinweis darauf dar, daß in der gegenwärtigen Phase eine Aufwertung des internationalen Status der DDR den Entspannungsbemühungen hinderlich sei. Der indische Außenminister gab der Bewunderung seiner Ministerpräsidentin und der indischen Regierung für die Politik der Bundesregierung Ausdruck. Er versicherte die Bundesregierung des Verständnisses der indischen Regierung und erklärte, daß Indien diese Politik nicht behindern oder verzögern werde.

6) Im Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler, in dem der indische Außenminister erneut für die indische Haltung warb und einen Bericht über die Entwicklung des Landes nach den indischen Parlamentswahlen⁸ gab sowie die besonderen Wünsche von Frau Gandhi übermittelte, bestätigte der Herr Bundeskanzler die Bereitschaft der Bundesregierung, im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Lösung beizutragen, und sagte zu, das Pakistan-Problem mit Präsident Nixon aufzunehmen⁹ und im Rahmen des Konsortiums¹⁰ und der WEU¹¹ erörtern zu lassen. Über das Ergebnis werde die indische Regierung unterrichtet.

Müller¹²

Referat I B 5, Bd. 596

⁷ Zur NATO-Ministerratskonferenz am 3./4. Juni 1971 in Lissabon vgl. Dok. 197.

⁸ Die indischen Parlamentswahlen fanden vom 1. bis 10. März 1971 statt. Ministerpräsidentin Gandhi wurde im Amt bestätigt und mit der neuen Regierung am 18. März 1971 vereidigt.

⁹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington vgl. Dok. 208.

¹⁰ Das Pakistan-Konsortium trat am 21. Juni 1971 in Paris zu einer Sondersitzung zusammen. Der Vorsitzende des Konsortiums, Cargill, berichtete über eine Informationsreise nach Pakistan, „Ostpakistan sei praktisch ein besetztes Land“. Das Transport- und Verteilungssystem sei zusammengebrochen, die Städte seien „praktisch leer“. Die Mitgliedstaaten erklärten sich bereit „zu humanitären Hilfsmaßnahmen und waren – wie die Weltbank – der Ansicht, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für ein Stabilisierungsprogramm und ein Entwicklungsprogramm noch nicht gegeben seien. Einige der Geberländer waren darüber hinaus der Meinung, daß eine befriedigende politische Lösung die Voraussetzung für jegliche Hilfe an Pakistan sei. [...] Die Weltbank selbst beabsichtigt, bei Einstellung des Schuldendienstes durch Pakistan alle Auszahlungen zu sperren.“ Die Geberländer wollten „gegebene Zusagen, soweit sie vertraglich fixiert sind, einhalten, jedoch vorläufig keine neuen Kreditverträge abschließen“. Vgl. die Aufzeichnung des Hilfsreferenten Schmidt vom 24. Juni 1971; Referat III B 7, Bd. 562.

¹¹ Ministerialdirektor Herbst übermittelte der Botschaft in London am 12. Juli 1971 eine Sprachregelung zum Thema Pakistan für die Sitzung des Rats der WEU am 13. Juli 1971: „Was Abwicklung und Erfüllung bereits zugesagter Entwicklungshilfe, insbesondere für 1970/71, angeht, steht Bundesregierung zu ihren vertraglichen Verpflichtungen.“ Neue Vorhaben der Entwicklungshilfe sowie die Gewährung von Infrastrukturhilfe würden – wie am 21. Juni 1971 in Paris abgesprochen – von der Haltung des Pakistan-Konsortiums abhängig gemacht. Allerdings gebe es Berichte, „wonach amerikanische Regierung sich von einer Verquickung wirtschaftlicher und politischer Gesichtspunkte hinsichtlich der Gewährung neuer Entwicklungshilfe distanzierte und sich dahin äußerte, daß sie die Gewährung von Entwicklungshilfe ausschließlich von wirtschaftlichen, nicht aber von

207

Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem sowjetischen Botschafter Falin

II A 1-84.20/11-845/71 geheim

14. Juni 1971¹Über Herrn Dg II A² und Herrn DPol³ Herrn Staatssekretär⁴

Herr Staatssekretär Frank empfing am 14. Juni 1971 den sowjetischen Botschafter Falin zu einem Gespräch, um das der Staatssekretär gebeten hatte. Anwesend waren auf sowjetischer Seite Botschaftsrat Boronin, auf deutscher Seite VLR Dr. Blech und Dolmetscher Hartmann. Das Gespräch dauerte von 17.10 bis 18.05 Uhr und wurde in deutscher Sprache geführt.

Herr Staatssekretär *Frank* eröffnete das Gespräch mit einem Wort des Danks an Botschafter Falin dafür, daß er dem Wunsch nach einer Begegnung so schnell nachgekommen sei. Er wolle zwei Fragen mit dem Botschafter besprechen, und zwar zunächst das Thema Berlin. Er beabsichtige hierzu nicht etwa eine Demarche, er wolle vielmehr die Gelegenheit zu einem Gespräch nutzen.

Er habe gehört, daß das letzte Treffen der Botschaftsräte am 9. Juni enttäuschend verlaufen und entgegen unseren Erwartungen Kwizinskij auf Positionen sei, die wir überwunden geglaubt hätten. Kwizinskij habe wohl selbst der Ansicht nicht widersprochen, daß es sich um ein Zurückgehen auf Positionen des sowjetischen Papiers vom 26.3.⁵ gehandelt habe.⁶ Botschafter Falin habe si-

Fortsetzung Fußnote von Seite 956

politischen Bedingungen abhängig mache. [...] Es wäre von Interesse zu erfahren, wie Großbritannien und andere WEU-Länder zur Frage des angedeuteten Zusammenhangs von Wirtschaftshilfe und politischer Lösung stehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1683; Referat III B 7, Bd. 562.

Botschafter von Hase, London, berichtete am 13. Juli 1971, der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Brimelow, habe auf der Sitzung des Rats der WEU ausgeführt, „daß Großbritannien keine neuen Entwicklungshilfezusagen geben werde, solange nicht in Ostpakistan geordnete politische Verhältnisse wiederhergestellt seien. [...] Die übrigen Ratsvertreter äußerten sich zu der Frage des Zusammenhangs Wirtschaftshilfe – politische Lösung nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1674; Referat III B 7, Bd. 562.

¹² Paraphie.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blech am 15. Juni 1971 gefertigt.

² Hat dem Vertreter des Ministerialdirigenten Lahn, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blumenfeld, am 16. Juni 1971 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor von Staden am 16. Juni 1971 vorgelegen.

⁴ Paul Frank.

⁵ Zum sowjetischen Entwurf vom 26. März 1971 für eine Berlin-Regelung vgl. Dok. 110 und Dok. 131.

⁶ Vortragender Legationsrat Blech äußerte sich am 10. Juni 1971 zum Vier-Mächte-Gespräch über Berlin auf Botschaftsratssebene: „In Begegnung vom 9. Juni, die sich am 10. Juni fortsetzen sollte, zeigte sowjetische Seite bei Behandlung anstehender Themen – Präambel, Teil I, Außenvertretung – wenig Bereitschaft zu Kompromißformulierung und ging teilweise auf Formulierungen aus sowjetischem Papier vom 26. März zurück. Da keine Annäherung der Standpunkte, vertagten sich Botschaftsräte am Abend des 9. auf den 22. Juni. Sowjetische Seite gab zu erkennen, daß sie aufgrund strikter Weisungen handle. Möglicherweise werde sie, wenn man aufgrund negativer alliierter Reaktion nicht weiterkomme, flexiblere Instruktionen erhalten. Alliierte brachten ihre Enttäuschung zum Ausdruck und warnten sowjetische Seite, daß allgemeine Verhärtung sowjetischer Position Konsequenzen in anderen Bereichen der Ost-West-Beziehungen haben müßte.“ Vgl. VS-Bd. 4521 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

cher gemerkt, daß die Enttäuschung über die Verhärtung der sowjetischen Haltung einen publizistischen Niederschlag gefunden habe.⁷

Im letzten Gespräch, das er, der Herr Staatssekretär, mit Falin vor der NATO-Konferenz in Lissabon⁸ geführt habe⁹, habe er gesagt, man werde sich dort bemühen, den sachlichen Zusammenhang zwischen einer befriedigenden Berlin-Regelung und der Ratifizierung des Moskauer Vertrages so positiv, so ermutigend wie möglich zu formulieren. Er glaube, daß man Wort gehalten habe und dies gelungen sei. In dem traditionellen Vierergespräch des deutschen Außenministers mit den drei westlichen Außenministern am Vorabend der Konferenz habe man sich um gemeinsame Formulierungen bemüht, insbesondere der französische Außenminister, aber auch sein amerikanischer und britischer Kollege.¹⁰ Diese Formulierungen hätten sodann die allgemeine Unterstützung im Plenum der Ministertagung gefunden. Sie besagten, daß man ohne Verzug in die multilaterale Vorbereitung einer KSE gehen könne, wenn eine befriedigende Berlin-Regelung bis zur nächsten NATO-Ministertagung im Dezember d.J.¹¹ vorliege.¹² Damit sei eine positive Perspektive zweifelsfrei aufgezeigt worden. – Auch in anderer Hinsicht habe man Wort gehalten: Es sei gesagt worden, daß andere Punkte, die wie im Kommuniqué von Brüssel vom Dezember 1970¹³ als Vorbedingungen einer KSE erscheinen könnten, wegfallen würden; other ongoing talks sollten nichts mit der Ratifikation des Moskauer Vertrags und mit der Multilateralisierung der KSE-Vorbereitungen zu tun haben.

⁷ Vgl. dazu die Berichterstattung in der Tageszeitung „Die Welt“, die am 14. Juni 1971 meldete, daß nach dem Vier-Mächte-Gespräch über Berlin auf Botschaftsratsebene am 9. Juni 1971 weitere Expertentreffen „auf unbestimmte Zeit verschoben“ worden seien, da ein Einvernehmen über die zu behandelnde Sachmaterie nicht habe erzielt werden können. Die UdSSR weigere sich nach wie vor, die Vier-Mächte-Verantwortung für die Zugangswege nach Berlin (West) bindend anzuerkennen, und sei auch in der Frage der Außenvertretung von Berlin (West) nur dazu bereit, die außenpolitische Vertretung durch die Bundesregierung in den westlichen Staaten anzuerkennen: „Eines der wesentlichsten Probleme bei den laufenden Berlin-Verhandlungen ist die Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes. Westliche Diplomaten betonen, daß auch Lösungen von Teilbereichen praktisch wertlos seien, solange nicht Einvernehmen über die Definition des Verhandlungsobjekts gefunden sei, da dies für die Formulierung der grundsätzlichen Vier-Mächte-Übereinkunft, vor allem aber für die Schlußakte, von entscheidender Bedeutung sei.“ Vgl. den Artikel „Experten-Gespräch über Berlin vertagt“, DIE WELT vom 14. Juni 1971, S. 2.

⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon vgl. Dok. 197.

⁹ Für das Gespräch am 27. Mai 1971 vgl. Dok. 188.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Scheel mit den Außenministern Douglas-Home (Großbritannien), Rogers (USA) und Schumann (Frankreich) am 2. Juni 1971 in Lissabon vgl. Dok. 196.

¹¹ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1971 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 439.

¹² Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon: „Ministers, having reviewed the prospects for the establishment of multilateral contacts relating to the essential problems of security and co-operation in Europe, again emphasized the importance they attach to the successful conclusion of the negotiations on Berlin. They noted with satisfaction that these negotiations have entered into a more active phase and have enabled progress to be registered in recent weeks. They hope that before their next meeting the negotiations on Berlin will have reached a successful conclusion and that multilateral conversations intended to lead to a conference on security and co-operation in Europe may then be undertaken. In this spirit they invited the Council in Permanent Session to continue, in the framework of its normal consultations on the international situation, its periodic review of the results achieved in all contacts and talks relative to security and co-operation in Europe so that it could without delay take a position on the opening of multilateral talks.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs, S. 259 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1971, D 351 f.

¹³ Vgl. dazu Ziffer 10 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Dezember 1970; Dok. 11, Anm. 12.

Nun gebe es sehr verschiedene Spekulationen über die Ursachen der Verhärtung der sowjetischen Position in den Berlin-Verhandlungen. Einige Leute sagten, dies sei nichts anderes als der Erfolg des positiv gehaltenen Kommuniqués von Lissabon. Wir seien nicht genügend hart gewesen; jetzt ziehe die sowjetische Seite die Schrauben an. Wir müßten also auch jetzt härter werden. Andere meinten, das sowjetische Entgegenkommen vor Lissabon sei nur taktisch bestimmt gewesen. Es habe darauf abgezielt, daß in Lissabon der Zusammenhang zwischen einer befriedigenden Berlin-Regelung und der Vorbereitung einer KSE falle und dann eine Situation eintrete, in der Berlin in den Hintergrund, die KSE jedoch in den Vordergrund rücke. Wieder andere führten die sowjetische Haltung darauf zurück, daß Falin nicht mehr in Moskau sei und niemand mehr klare Weisungen gebe. Andere setzen die sowjetische Haltung in Zusammenhang mit dem SED-Parteitag in Berlin¹⁴ und glaubten, Breschnew müsse zunächst Gelegenheit haben, seine Position mit Honecker zu erörtern. Es gebe auch noch andere Meinungen. Sicher sei, daß auch Kwizinskij eine Verhärtung der sowjetischen Haltung nicht gelegnet habe. Er, der Herr Staatssekretär, wolle dies zum Anlaß eines offenen Gesprächs nehmen.

Dabei wolle er aber nicht auf die Tatsache zu sprechen kommen, daß, aus der Natur der Sache sich ergebend, ein Zusammenhang zwischen einer befriedigenden Berlin-Regelung und der Ratifikation des Moskauer Vertrags bestehe. Daß dies so sei, sei in den Gesprächen des Herrn Bundeskanzlers mit Kossygin und Breschnew¹⁵ klar zum Ausdruck gekommen. Selbst wenn die Bundesregierung diesen Zusammenhang beseitigen wolle, stehe es nicht in ihrer Macht, das Parlament zur Ratifikation des Moskauer Vertrags zu zwingen.

Er, der Herr Staatssekretär, wolle indessen auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen, nämlich auf den Zeitplan, den sich die Bundesregierung für die zukünftige Entwicklung als optimal vorstelle. Es seien in der Zukunft einige Faktoren zu berücksichtigen, zu denen im Jahre 1973 die Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland¹⁶ und 1972 in den Vereinigten Staaten¹⁷ gehörten. Die Konklusionen, die sich aus der zeitlichen Konstellation von Berlin-Regelung, Ratifizierung, deutschen und amerikanischen Wahlen ergebe, wolle er so charakterisieren: Wenn es uns nicht gelänge, bis Ende des Jahres eine Einigung der Vier über Berlin zu erzielen, und wenn es in den folgenden zwei bis drei Monaten nicht zu einer Einigung zwischen den beiden deutschen Staaten über die Details der Zugangsregelung im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens komme – mit anderen Worten: wenn man bis Frühjahr 1972 nicht die gesamte Berlin-Regelung durch Unterzeichnung der Schlußakte habe, dann werde man auch nicht vor der Sommerpause des Parlaments im Sommer 1972 zur Ratifikation schreiten können. Dann werde eine Verschlechterung der Situation eintreten, die nicht in unserer Macht liege.

¹⁴ Der VIII. Parteitag der SED fand vom 14. bis 20. Juni 1971 in Ost-Berlin statt.

¹⁵ Für die Gespräche am 12. und 13. August 1970 in Moskau anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vgl. AAPD 1970 II, Dok. 387, Dok. 388, Dok. 390 und Dok. 401.

¹⁶ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 19. November 1972 statt.

¹⁷ Am 7. November 1972 fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus, Teilwahlen zum Senat und Gouverneurswahlen statt.

Er wolle der sowjetischen Seite gewissermaßen einen „Freundschaftsdienst“ erweisen, indem er ihre Aufmerksamkeit hierauf ziehe – in der Annahme, daß die sowjetische Regierung an der Ratifikation des Moskauer Vertrags genau so wie die Bundesregierung interessiert sei, und anknüpfend an Äußerungen Kossygins in einer Moskauer Wahlveranstaltung über die Absichten des Bundeskanzlers.¹⁸ Falin habe sicher in den Wochen, die er nun in der Bundesrepublik Deutschland sei, feststellen können, daß die Bundesregierung an ihren Absichten festhalte und alles tue, um im Parlament, in den Parteien und in der Öffentlichkeit Verständnis für ihre Politik zu schaffen. Er hege deshalb die Hoffnung, daß sein Hinweis auf den objektiven Zeitablauf für die sowjetische Regierung von Interesse sei. Wenn erst einmal der Wahlkampf im Gange sei, dann gebe es nicht mehr die ruhige Atmosphäre, die für die Berlin-Verhandlungen notwendig sei. Insofern seien wir alle, die die Ratifikation wünschten, unter Zeitdruck.

Unter diesem Gesichtspunkt werde die Bundesregierung auch alle Ausführungen, die Breschnew am 16. Juni in seiner Rede in Ostberlin mache¹⁹, mit größtem Interesse zur Kenntnis nehmen. Sie würde, wenn dies angezeigt erschiene, gern Stellung hierzu nehmen²⁰ und wäre daher für möglichst schnelle Übermittlung des Textes der Rede durch den Botschafter, der hierzu sicher rascher und zuverlässiger als die Agenturen in der Lage sei, dankbar. Die erforderliche Reaktion der Bundesregierung solle möglichst so schnell erfolgen, daß sie Breschnew noch in Ostberlin erreiche. Wir hofften, daß das, was Breschnew in Berlin sage, für den Fortgang der Berlin-Gespräche nützlich sei.

Botschafter *Falin* antwortete mit der Bitte um Präzisierung, welche Punkte im einzelnen Anlaß zu dem Urteil, die sowjetische Haltung habe sich verhärtet, gegeben hätten, und in welcher Stellungnahme Kwizinskij geäußert habe, daß es sich um einen Rückschritt handle.

Der Herr *Staatssekretär* verwies darauf, daß am 9. Juni in erster Linie die Präambel, der I. Teil und die Vorschriften über Außenvertretung behandelt worden seien. Kwizinskij habe sich nicht in der Lage gesehen, Kompromißformeln zu besprechen. Dies habe wie ein Schock gewirkt.

¹⁸ Ministerpräsident Kossygin führte am 9. Juni 1971 in einer Rede in Moskau aus: „Der sowjetisch-westdeutsche Vertrag gründet sich, wie der Vertrag zwischen Polen und der BRD, auf die Notwendigkeit, von jener realen Lage auszugehen, die durch den Zweiten Weltkrieg und durch die Nachkriegsentwicklung entstanden ist. Gerade deshalb stoßen die Verträge bei den Gegnern einer Entspannung auf erbitterten Widerstand; diese bemühen sich mit aller Kraft, die Ratifizierung dieser Verträge und ihr Inkrafttreten zu verhindern. Wir teilen die von Bundeskanzler Brandt kürzlich geäußerte Meinung, daß diese Verträge ein Beispiel dafür sind, wie man auf eine gleichberechtigte Partnerschaft in der Sache des Friedens hinarbeitet.“ Vgl. den Artikel „Wahlen zu Sowjets-Zeugnis der Einheit der UdSSR-Völker“, NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Juni 1971, S. 6.

¹⁹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 17. Juni 1971, S. 3 f. Für einen Auszug vgl. Dok. 251, Anm. 24.

²⁰ Zur Reaktion der Bundesregierung wurde in der Presse gemeldet: „Die Bundesregierung hat am Donnerstag mit großer Genugtuung auf die Rede des sowjetischen KP-Chefs vor dem Ost-Berliner SED-Parteitag reagiert. Regierungssprecher von Wechmar begrüßte vor allem ‚die nachdrücklich bekundete Bereitschaft der Sowjetunion, sich um einen erfolgreichen Abschluß der zur Zeit in Berlin stattfindenden Verhandlungen zu bemühen‘. Auch der Bundesregierung gehe es darum, versicherte von Wechmar mit den gleichen Worten wie Breschnew, daß ‚eine effektive Vereinbarung erzielt und verwirklicht‘ werde.“ Vgl. den Artikel „Bonn zeigt sich nach Breschnews Rede optimistisch“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Juni 1971, S. 1.

Falin bemerkte, auch er habe Informationen über den Verlauf der Gespräche am 9. Juni. Er sei sich nicht wirklich sicher, ob die Vertreter der Westmächte Grund hätten, Kwizinskijs Position so einzuschätzen, wie sie es täten. Schließlich habe es sich nur um eine erste Erörterung der Präambel und des Teils I gehandelt, wobei die Positionen der drei Westmächte noch sehr weit von denjenigen der Sowjetunion entfernt gewesen seien. Insbesondere hätten die drei westlichen Botschaftsräte²¹ wieder von ganz Berlin zu sprechen versucht und damit Formulierungen verwendet, die dem westlichen Papier vom 5. Februar²² und der westlichen Position vom November 1970 nahe gewesen seien. Er, *Falin*, schätze dies so ein, daß hier taktischer Druck auf die Sowjetunion ausgeübt werden sollte. Dies entspreche durchaus der Tradition britischer Diplomatie. Ihm scheine, dies stehe im Zusammenhang mit dem, was der Herr Staatssekretär über den zeitlichen Zusammenhang von Berlin-Regelung, Ratifikation und KSE gesagt habe. Die Westmächte versuchten immer wieder deutlich zu machen, daß die Zeit für die Ratifizierung ziemlich knapp sei; sie täten dies in der Absicht, diese Zeit auszunutzen, um Druck auf die sowjetische Seite auszuüben. Auf sowjetischer Seite habe man mehr Grund, von Rückschritten zu sprechen, als die drei westlichen Vertreter. Der Herr Staatssekretär kenne die Vorschläge, die insbesondere von französischer Seite bezüglich des Schlußprotokolls gemacht worden seien, in dem man Begriffe wie „Sanktionierung“ und „Obhut“ der Vier Mächte verwendet habe. Man habe darüber auf verschiedenen Ebenen mit den Westmächten gesprochen, insbesondere auch mit Schumann in Moskau²³, und habe Grund zu der Annahme gehabt, es bestehe Klarheit darüber, daß für die sowjetische Seite diese Ausdrücke „Sanktion“ oder „Obhut“ inakzeptabel seien. Dennoch habe man sie erneut in der Diskussion vorge schlagen. Gleiches gelte für die schon erwähnte Erwähnung des Wortes „Berlin“ in der Präambel. Wenn die drei Westmächte über Berlin insgesamt sprechen wollten, werde es keine Berlin-Regelung geben. Dies sei immer klar gewesen und sei es noch heute. Auch beim Gespräch über die Außenvertretung hätten die drei westlichen Vertreter bereits abgestimmte Positionen wieder aufgegeben, nämlich einmal hinsichtlich der Frage, wer West-Berlin in der DDR vertreten und zweitens in der Frage der Erteilung von Pässen, durch welche den Westberlinern die Eigenschaft westdeutscher Bürger gegeben werden solle. An einen weiteren Punkt, der hier noch zu nennen sei, erinnere er sich im Augenblick nicht mehr. Bei all dem handele es sich um eine alte Methode der britischen Diplomatie. Man stelle Einverständnis her, daß der Text noch nicht endgültig sei; wenn die westlichen Vertreter ihn dann zu ändern wünschten, so sei das recht, wenn der sowjetische Vertreter so etwas täte, wäre es nicht gut. So etwas könne man machen, wenn man viel Zeit habe; fair sei es nicht. Er, *Falin*, könne demgegenüber autoritativ versichern, daß die sowjetische Position so bleibe, wie sie gewesen sei, und daß sie keinen taktischen Schwankungen unterworfen sei, wie es für andere gelte. Die Sowjetunion werde alles tun, um eine schnelle Regelung über Berlin zustande zu bringen.

²¹ Christopher Audland (Großbritannien), Jonathan Dean (USA) und René Lustig (Frankreich).

²² Für den Entwurf der Drei Mächte vom 5. Februar 1971 für eine Berlin-Regelung vgl. Dok. 52.

²³ Zum Besuch des französischen Außenministers Schumann vom 4. bis 7. Mai 1971 in Moskau vgl. Dok. 165, Anm. 13.

Wenn jetzt die Zeitungen von Fortschritten in den Verhandlungen über Berlin sprächen, dann sei dies in erster Linie auf das sowjetische Entgegenkommen in der Zugangsfrage (Falin wörtlich: beim Transit) zurückzuführen. Hier sei man sich bereits zu 80 bis 90% einig. Auch was die Außenvertretung und die Besuche von Westberlinern in der DDR anbetreffe, seien sich die beiderseitigen Positionen in der Substanz nahe; lediglich die Formulierungen machten noch Schwierigkeiten. Das Hauptproblem sei jedoch die politische Bundespräsenz, die noch kaum diskutiert sei. Präambel und I. Teil wiederum seien eigentlich auch nur Formulierungsfragen. Bei ihrer Lösung sollte man aber davon ausgehen, daß die Nähe einer Formulierung zu denjenigen des sowjetischen Papiers vom 26. März nicht an sich schon ein Kriterium sein könne, ob diese Formulierung schlecht oder gut sei.

Im letzten Gespräch mit dem Herrn Bundesminister²⁴ habe er, Falin, schon die Vorahnung ausgesprochen, daß es gefährlich sei, zwei verschiedene Fragen miteinander zu verbinden. Dies sei schon der Methode wegen gefährlich, denn wenn man auf westlicher Seite den Eindruck gewinne, daß man damit bei der sowjetischen Seite Erfolg habe, werde man dieses Verfahren immer wieder anwenden. Er meine damit nicht die Bundesrepublik; die drei Westmächte in Berlin seien dieser Methode jedoch sehr nahe.

Der Herr *Staatssekretär* entgegnete, der Zusammenhang zwischen einer befriedigenden Berlin-Regelung und der Ratifizierung des Moskauer Vertrags sei von deutscher Seite, nicht von den westlichen Alliierten hergestellt worden. Der Grund hierfür sei ganz einfach. Es sei unvorstellbar, daß die Bundesregierung mit Verträgen vor das Parlament gehe, die zwar den geographischen Gesamtbereich der Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs betreffen, Berlin aber aussparen würden. Man könne von der Bundesregierung nicht verlangen, daß sie sich vor dem Parlament dann darauf berufe, sie sei für Berlin nicht zuständig. Dies werde ihr nicht abgenommen.

Auch glaube er nicht, daß die Alliierten wirklich Druck ausüben wollten. Er glaube dies deshalb nicht, weil unser Interesse an den offenen Fragen – Außenvertretung, Präsenz – größer sei als das der Alliierten. Es gebe bei diesen durchaus Leute, die sagten, man solle sich in diesen Bereichen an dem ausrichten, was die Deutschen wollten.

Im übrigen halte er nichts von taktischen Zügen, wenn die Großmächte im Spiel seien. Er selbst wolle hier keinen Druck ausüben, sondern nur auf objektive Faktoren aufmerksam machen. Er erinnere sich daran, daß Falin ihn in Moskau als einen Mann bezeichnet habe, der verhandle, als befände er sich auf einer Südseeinsel, die nur alle drei Monate von einem Dampfer angelaufen werde. Er glaube, daß man auf diese Weise den Moskauer Vertrag hätte aushandeln können, ohne daß dies von Nachteil gewesen wäre. Dies gelte aber nicht für eine Berlin-Regelung. Hier fahre einmal der letzte Dampfer ab und dann sei nichts mehr zu machen.

Falin bemerkte hierzu, er verstehe die Denkweise des Herrn *Staatssekretärs* gut; er verstehe, was er sagen wolle und warum er es sage.

²⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Botschafter Falin am 27. Mai 1971 vgl. Dok. 189.

Zunächst wolle er darauf aufmerksam machen, daß viel von dem, was man jetzt in der Öffentlichkeit als Fortschritt oder Rückschritt herausstelle, aus taktischen Gründen so bezeichnet werde. Was Bundespräsenz und Außenvertretung anbetreffe, so handle es sich hier um verschiedene Fragen, die nicht nur als zwei Aspekte ein und desselben Problems behandelt werden könnten. Sie seien auch im Leben verschieden. Die Alliierten könnten doch nicht sagen, wer Berlin in der Sowjetunion vertrete; sie würden dadurch sowjetische Rechte verletzen.

Es sei doch so, daß die Sowjetunion die Augen zudrücke und gleichzeitig mit den Händen die bestehenden Vier-Mächte-Abmachungen revidiere. Schließlich könne man nicht, wie die Fluglotsen, streng nach den bestehenden Regeln vorgehen. Man könne sich natürlich streiten, was in Westberlin rechtmäßig gewesen sei und was nicht. Es gehe aber doch darum, für die Zukunft ganz exakte Entscheidungen zu treffen, nach denen fast alles anders gemacht werde, als es bis heute gewesen sei. Die Sowjetunion sei dabei, wie gesagt, bereit, ein Auge zuzudrücken. Es müsse aber klar sein, daß die reale Situation, von der man ausgehe, nicht nur das umfasse, was für den Westen günstig sei, sondern auch solches, das für die Sowjetunion günstig sei. Damit, daß man sich mit Begriffen, wer härter oder weicher sei, attackiere, komme man auch nicht weiter.

Der Herr *Staatssekretär* warf hier ein, daß er auch nicht an den Wert solcher taktischer Winkelzüge glaube.

Falin sagte sodann, er räume ein, daß Kwizinskij in einer Beziehung nicht richtig gehandelt habe. Er sei dem Vorschlag seines amerikanischen Kollegen, kein bestimmtes Datum für das nächste Treffen der Botschaftsräte festzulegen, nicht gefolgt. Dabei hätte er aus dem amerikanischen Vorschlag ersehen müssen, daß die westliche Seite beim nächsten Gespräch am 22. Juni²⁵ noch keine neuen Instruktionen haben könnte. Kwizinskij sei zwar ein intelligenter jüngerer Beamter, aber noch nicht genügend erfahren. Von Moskau aus habe er, Falin, jederzeit direkt mit ihm telefonisch sprechen können; von Bonn aus könne er ihn nur noch indirekt beraten.

Falin gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß die Situation so eingeschätzt werde, wie sie tatsächlich sei. Die sowjetische Seite jedenfalls wolle ohne taktische Umschweife an das Ziel herangehen. Sie wisse, was sie wolle, sie wisse, was sie könne, sie kenne ihre eigene Position, sie kenne die Position ihrer Freunde und sie kenne auch die Möglichkeiten und Grenzen dieser Position. Sicher sei eine Regelung bezüglich Berlins möglich, wenn die andere Seite nicht Forderungen erhebe, die eine solche Regelung ausschließen.

Was die Bitte bezüglich der Rede Breschnews anbetreffe, so werde er, Falin, versuchen, den Text möglichst schnell zu beschaffen. Allerdings sei die Eigenschaft des Redners, bis zuletzt am Wortlaut zu arbeiten, in Rechnung zu stellen. Er sei daher nicht sicher, ob wir nicht den Text auf andere Weise schneller erhalten könnten. Auf jeden Fall werde er versuchen, den authentischen Wortlaut der Passagen betreffend Berlin und die Beziehungen zur Bundesrepublik mitzuteilen. Er könne schon jetzt sagen, er wisse genau, daß das, was Bre-

²⁵ Zum Vier-Mächte-Gespräch über Berlin auf Botschaftsratsebene am 22./23. Juni 1971 vgl. Dok. 223.

schnew zu Berlin und zu den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sagen werde, sehr gute Worte sein würden.

Der Herr *Staatssekretär* wiederholte das deutsche Interesse daran, unmittelbar auf die Rede Breschnews zu reagieren, wenn der Inhalt es nahelege. Er betrachte es im Augenblick als besonders wichtig, Zeichen der Ermutigung zu setzen. Wir seien in einer entscheidenden Phase des gesamten Konzepts, von dem der Moskauer Vertrag einen Teil bilde. Dies sei der Grund, weshalb er auf den Zeitfaktor hinweise. Für jede Sache gäbe es einen optimalen Zeitpunkt. Für uns sei dies das Frühjahr 1972.

Falin betonte, er verstehe dies. Auch die Sowjetunion wolle mit der Politik, für die der Vertrag ein Ausdruck sei, etwas erreichen – sie wolle nicht ihre Archive bereichern, sondern eine in die Zukunft führende Entwicklung einleiten.

Der Herr *Staatssekretär* bemerkte, noch ein Wort zu Lissabon sagen zu wollen. Er sei beeindruckt gewesen, wie sehr die deutsche Ost-West-Politik im Mittelpunkt der Ost-West-Politik des Bündnisses stehe und wie groß die Übereinstimmung bezüglich der Prinzipien und Absichten dieser Politik unter allen Mitgliedern des Bündnisses sei, auch wenn es da einige Nuancen gebe. So lege der eine oder andere mehr Wert auf die KSE oder MBFR. Es sei für den Herrn Bundesminister, wie für ihn selbst, ein Anlaß tiefer Genugtuung gewesen, zu sehen, wie sehr die deutsche Politik den Kern der Politik des Bündnisses darstelle, eingebettet in dessen Zustimmung. Daher befänden wir uns jetzt in einer entscheidenden Phase. Wenn es gelänge, aus dieser gegenwärtigen Disposition heraus etwas Positives zu erreichen, so sei dies sehr gut. Es wäre daher verhängnisvoll, wenn das Kommuniqué von Lissabon negativ interpretiert würde. Im Klartext gelesen bedeute es nichts anderes, als daß alle 15 Mitglieder des Bündnisses bereit und entschlossen seien, die Chancen einer Entspannung aktiv wahrzunehmen. Der Herr Bundesminister habe dies im Gespräch mit Falin ja so ausgedrückt, daß es, sei es einmal zu einer Berlin-Regelung gekommen, in Richtung auf eine KSE kein Halten mehr gebe. Würden die Erwartungen jedoch enttäuscht, so wäre auf lange Zeit eine große Chance vertan.

Falin antwortete hierauf, man müsse zunächst einmal abwarten. Er hoffe, daß nach der Rückkehr des amerikanischen Botschafters²⁶ aus den Vereinigten Staaten und nach den Gesprächen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Nixon²⁷ auch bisher noch nicht geklärte Fragen mit größerer Produktivität besprochen werden könnten.

Der Herr *Staatssekretär* gab demgegenüber der gleichen Hoffnung und Erwartung bezüglich der Rückkehr Breschnews aus Ostberlin Ausdruck.

Falin meinte sodann, es gebe manche Fragen, die nicht leicht seien, auch nicht leicht für die Freunde der Sowjetunion. Er könne aber aus eigener Erfahrung sagen, daß keine dieser Fragen unlösbar sei. Die Freunde der Sowjetunion seien kooperativ, obwohl sie gewisse Schwierigkeiten und vorgefaßte Meinungen²⁸

²⁶ Kenneth Rush.

²⁷ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington vgl. Dok. 208.

²⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Diese Übersetzung trifft das von Falin hier ausnahmsweise benutzte russische Wort am besten; Boronin hatte zunächst mit ‚Voreingenommenheiten‘, Falin sodann mit ‚Vorurteilen‘ übersetzt.“

hätten, die sich aus ihren schlechten Erfahrungen mit der Bundesrepublik ergäben.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, die Vorurteile zwischen den beiden Teilen Deutschlands würden uns wohl noch sehr lange, vielleicht 20 bis 30 Jahre beschäftigen.

Falin bemerkte, er hoffe, daß sich eine Lösung in kürzerer Zeit finden lasse. Der Herr *Staatssekretär* und er müßten einmal ein ganz freies, offenes Gespräch ohne Protokolle – vielleicht nach Abschluß der Vier-Mächte-Beratungen, die den innerdeutschen Verhandlungen über den Berlin-Zugang vorangehen – führen.

Der Herr *Staatssekretär* erklärte, hierfür zur Verfügung zu stehen. Es sei von deutscher Seite immer betont worden, wie sehr uns nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags an einem Dialog liege. Dies sei der Fehler der Entwicklung nach 1955²⁹ gewesen, daß es zu einem echten Dialog nicht gekommen sei, lediglich zu einem Dialog unter Taubstummten.

Falin meinte, daß, was nach 1955 stattgefunden habe, seien zwei Monologe, jedoch nicht ein Dialog gewesen.

Der Herr *Staatssekretär* schloß das Gespräch mit der Bemerkung, daß nach der Ratifikation des Moskauer Vertrags die Voraussetzungen wesentlich günstiger wären.

Am Ende seiner einführenden Darlegung war der Herr *Staatssekretär* auf die Demarche des Gesandten Bondarenko vom 1. April d.J. betreffend die Ratifikation des Nichtverbreitungsvertrages³⁰ durch die Bundesrepublik zu sprechen gekommen. Er nahm zu dieser Demarche durch Verlesung des als Anlage beigefügten Aide-mémoire³¹ Stellung, das er Botschafter Falin sodann übergab.

Im Verlauf des Gesprächs dankte *Falin* für die Mitteilung und drückte allgemein die Hoffnung aus, daß eine Lösung der Ratifikation des Nichtverbreitungsvertrages im Wege stehenden Fragen bald gefunden werde.

Das Thema wurde im Gespräch sonst nicht vertieft.

VS-Bd. 4521 (II A 1)

²⁹ Die Bundesrepublik und die UdSSR nahmen am 13. September 1955 diplomatische Beziehungen auf.

³⁰ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 321–328.

³¹ Dem Vorgang beigefügt. In dem Aide-mémoire betonte die Bundesregierung ihre Absicht, den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 zu ratifizieren. Sie erläuterte dazu: „In Artikel III Absatz 4 des NV-Vertrages ist vorgesehen, daß ein Nichtkernwaffenstaat auch gemeinsam mit anderen Staaten Sicherungsübereinkünfte mit der IAEA schließen kann. Wie der sowjetischen Regierung bekannt ist, haben die fünf Nichtkernwaffenstaaten von EURATOM ihre Absicht bekundet, ein solches gemeinsames Abkommen anzustreben. Die Bundesregierung hält an dieser Absicht fest und bemüht sich daher, im Rahmen von EURATOM die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß möglichst bald die Verhandlungen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation beginnen können. Aufgrund ihrer Bindungen in der Europäischen Atomgemeinschaft sieht sich die Bundesregierung genötigt, die Ratifizierung des NV-Vertrages bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, an dem ein Verifikationsabkommen mit der IAEA geschlossen worden ist, dessen Vereinbarkeit mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft feststeht. Im übrigen hält sich die Bundesrepublik Deutschland schon jetzt an den Nichtverbreitungsvertrag.“ Vgl. VS-Bd. 4521 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

208

Aufzeichnung des Bundeskanzlers Brandt**Geheim****15/16. Juni 1971¹**

Vermerk über Gespräch mit Präsident Nixon in Washington am 15. Juni 1971²
1) Berlin

Nixon begann mit diesem Thema und meinte, wenn keine unerwartete Wendung von sowjetischer Seite komme, würde man bei dieser Phase durchkommen. Er zeigte großes Interesse für meinen Hinweis, daß die jetzt vorgesehene Berlin-Regelung weit mehr beinhalte als das, was 1959 in Genf besprochen wurde³ und in der Substanz auch mehr als die drei Essentials Kennedys (1961)⁴.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schilling, Bundeskanzleramt, am 22. Juni 1971 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Herr Bundeskanzler stellt es in die Entscheidung Ihres Herrn Ministers, ob und inwieweit die Herren Staatssekretäre Ihres Hauses Kenntnis erhalten sollen.“

Hat Hofmann am 23. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Bundesminister Scheel vorgelegen.

Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Vergau vom 25. Juni 1971 Staatssekretär Frank vorgelegen.

Hat Staatssekretär Freiherr von Braun am 26. Juni 1971 vorgelegen.

Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Dunker vom 30. Juni 1971 Parlamentarischem Staatssekretär Moersch vorgelegen.

² Bundeskanzler Brandt hielt sich im Anschluß an einen Besuch am 12./13. Juni 1971 in Jamaika vom 14. bis 16. Juni 1971 in Washington und am 17./18. Juni 1971 in New York auf.

Zum Gespräch mit Nixon vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 389–391.

³ Vom 11. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf eine Konferenz der Außenminister der Vier Mächte statt.

⁴ Am 25. Juli 1961 führte Präsident Kennedy in einer Rundfunk- und Fernsehansprache zur Situation in Berlin aus: „We are there as a result of our victory over Nazi Germany – and our basic rights to be there, deriving from that victory, include both our presence in West Berlin and the enjoyment of access across East Germany. These rights have been repeatedly confirmed and recognized in special agreements with the Soviet Union. Berlin is not a part of East Germany, but a separate territory under the control of the allied powers. Thus our rights there are clear and deep-rooted. But in addition to those rights is our commitment to sustain – and defend, if need be – the opportunity for more than two million people to determine their own future and choose their own way of life.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 533.

Am 30. April 1971 stellte Referat II A 1 in einer Aufzeichnung für das Bundeskanzleramt fest: „An den von Kennedy als wesentlich aufgestellten Grundsätzen haben die Alliierten in den laufenden Berlin-Verhandlungen festgehalten. In dem Bemühen, zu praktischen Verbesserungen der Lage in und um Berlin zu gelangen, sind diese ‚essentials‘ von der westlichen Seite jetzt konkretisiert worden und haben ihren klaren Ausdruck in dem Vertragsentwurf vom 5.2.1971 gefunden. [...] In verschiedenen Punkten gehen die Forderungen der Alliierten mit Unterstützung der Bundesregierung heute über die westlichen Positionen des Jahres 1961 hinaus. 1) Wichtig ist vor allem, daß die Westmächte heute eine Vier-Mächte-Vereinbarung anstreben, in der die für die Lebensfähigkeit Berlins (West) unerläßlichen Bindungen zwischen der Stadt und der Bundesrepublik auch durch die Sowjetunion respektiert werden. 2) Die Frage der innerstädtischen Verbindungen, die erst seit dem Mauerbau am 13.8.1961 aktuell ist, ist zu einem Hauptpunkt der Verhandlungen gemacht worden. Der Westen hat hier detaillierte Wünsche für eine praktische Verbesserung vorgetragen. Die östliche Seite hat auch bereits insoweit einige Zugeständnisse gemacht. 3) Das Problem der Außenvertretung, das u. a. Konsularschutz, Ausstellung von Reisepässen, Einbeziehung in internationale Verträge und Teilnahme von Westberlinern am internationalen Austausch der Bundesrepublik Deutschland einschließt, ist zu einem wichtigen Gegenstand der Gespräche gemacht worden. Allerdings haben die Alliierten deutlich gemacht, daß es sich hierbei um die Delegation einer alliiert-

Der Präsident maß der Tatsache keine zu große Bedeutung zu, daß die Russen in ihrer öffentlichen Haltung weiter von einer besonderen politischen Einheit sprechen. Er habe es so verstanden, daß die Russen uns zu zwei Dritteln entgegengekommen seien. Dies sei ein guter Deal. Sie hätten wesentliche Konzessionen in der Zugangsfrage gemacht. Jetzt seien Außenvertretung und sowjetische Dienststelle offen.

Nixon hörte sich meine Überlegungen zum Thema einer sowjetischen Dienststelle in West-Berlin⁵ an: daß wir schon während meiner Berliner Jahre mit einigen sowjetischen Büros hätten leben müssen und daß es unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit leichter sei, die legale Spitze des Eisbergs zu kontrollieren. Es sei ein psychologischer Vorteil, wenn Berliner Visa in Westberlin bekommen können. Dies bezeichnete Nixon als einen interessanten Punkt.

Er wolle die deutsche Position stärken. „Wir wollen eine Vereinbarung, Sie wollen sie“; man solle weitermachen, ohne aus taktischen Gründen zu drängen. Die USA seien bereit, eine harte Linie in der Bundespräsens einzunehmen. Berlin bleibe Test. Wenn man die Spannungen reduziere, könne man auch Truppen reduzieren. Das sei eine logische Verbindung, ohne daß man es ein Junktim nenne.

2) Deutsche Ostpolitik

Einzelheiten wie Ratifizierung und Verhältnis zur DDR wurden im Gespräch mit Nixon nicht erörtert. Ich stellte fest, daß wir mit dem Ergebnis der NATO-Außenministerkonferenz in Lissabon⁶ zufrieden seien.

3) MBFR

Ich bezeichnete die von den Außenministern vorgesehene Prozedur (NATO-Rat, stellvertretende Außenminister, ein oder mehrere Unterhändler) als vernünftig. Wichtig seien natürlich territoriale Ausdehnung und sachlicher Umfang. Eine symbolische Kürzung als erster Schritt sei durchaus erwägenswert. Nachdem Laird eine amerikanische Studie angekündigt habe, könnte es nützlich sein, hierüber rechtzeitig einen bilateralen Gedankenaustausch zu haben.

N. hielt es für sinnvoll, einen solchen Meinungsaustausch – still und inoffiziell – zu führen.⁷ Die Allianz müsse im übrigen eng zusammenwirken. Im Gespräch mit Rogers ergab sich, daß dieser den Gedanken eines möglichen ersten „symbolischen“ Schrittes auf die beiden Weltmächte bezog.⁸

Rogers ergänzte am Abend des 16. Juni: Dobrynin sei nachmittags bei ihm gewesen und habe gesagt, seine Regierung sei mit Truppenabbau-Gesprächen vor einer Europäischen Konferenz einverstanden. Auch damit, daß Gespräche sich nicht nur auf Stationierungs-, sondern auch auf einheimische Streitkräfte zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 966

ten Zuständigkeit handelt. In diesem Punkt haben sich die Sowjets zu einigen wesentlichen Zugeständnissen bereit erklärt.“ Für die am 3. Mai 1971 von Ministerialdirektor von Staden weitergeleitete Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 4520 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

⁵ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. zuletzt Dok. 160 und weiter Dok. 215.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 vgl. Dok. 197.

⁷ Botschafter Roth hielt sich am 30. Juni und 1. Juli 1971 zu MBFR-Konsultationen in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 227.

⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rogers am 15. Juni 1971 vgl. Dok. 209.

beziehen haben würden. Dobrynin habe auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß beide Seiten einen oder mehrere Unterhändler benennen.⁹

4) KSE

Thema wurde bei N. nicht behandelt. Rogers erklärte Einverständnis mit der in Lissabon vereinbarten Prozedur, machte aber keinen Hehl daraus, daß er von einer solchen Konferenz nicht viel halte.

5) SALT

Nixon: Auch wenn dies nicht nach außen so erscheine, gebe es eine Verbindung zwischen ABM und Offensivwaffen. Offizielle ABM-Verhandlungen würden im Juli beginnen.¹⁰ Man sei jetzt schon in vertraulicher Vorbereitung und hoffe, bis zum Ende des Jahres zu einem Ergebnis zu kommen. ABM könne Berlin helfen, Berlin könne ABM helfen.

6) Europa – USA

An diesem Thema war N. diesmal viel stärker interessiert als vor 14 Monaten.¹¹ Ich legte dar: Die Europäer verstärkten ihre Verantwortlichkeit in der Allianz. EDIP sei sehr wichtig im Prinzip. Solche Maßnahmen zeigten der amerikanischen Bevölkerung unsere Bemühungen. Was vor einem Jahr theoretisch erschien, sei heute vor der Verwirklichung, nur die Briten selber könnten Eintritt noch stoppen. Es sei unwahrscheinlich: Heath werde Mehrheit haben.¹² Die Gemeinschaft der Zehn werde noch offener sein für den Welthandel als die der Sechs. Nach all den Jahren der Stagnation komme auch politische Zusammenarbeit, wenngleich nicht nach dem Konzept der 50er Jahre. Es komme nun darauf an, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet organische Verbindungen zwischen der Gemeinschaft und den USA zu entwickeln.

N. unterstützte das lebhaft. Die einzelnen Staaten hätten ihre nationale Identität. Er wisse nicht einmal, ob Supranationalität gut sein würde. Die Zeit sei vorbei, wo die USA dominiert oder nahezu diktiert haben. Europas Zukunft wird von Europa bestimmt. Er verfolge die Entwicklung mit großem Interesse. Es gebe Sorge vor der europäischen Einheit, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft. Er teile diese Auffassung nicht, sondern glaube, daß dieses Europa für die Weltpolitik stabilisierend sein könne. Die Sorgen entsprächen dem Denken des 19. Jahrhunderts, aber es werde für ihn in diesem Land nicht einfach sein. Stimmen: Laßt uns nicht die drittstärkste Wirtschaftsmacht unterstützen (wenn man andere Belastungen abziehe, könne es auch die erste sein). Man muß das in der notwendigen Zeit sich entwickeln lassen.

Ich: Die USA brauchten keinen wirtschaftlichen Preis zu zahlen. Handel habe mit EWG mehr zugenommen, als mit EFTA-Ländern und dem Rest der Welt. Die größere Gemeinschaft werde noch weltoffener sein. Wir müßten herausfin-

⁹ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Rogers mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 16. Juni 1971 vgl. Dok. 210, Anm. 4.

¹⁰ Die fünfte Runde der Strategic Arms Limitations Talks (SALT) zwischen den USA und der UdSSR begann am 8. Juli 1971 in Helsinki.

¹¹ Bundeskanzler Brandt und Präsident Nixon führten 10./11. April 1970 in Washington Gespräche. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 153.

¹² Zur Abstimmung im britischen Parlament am 28. Oktober 1971 über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 379.

den, ob die bestehenden Kontakte EWG–USA ausreichten oder ob sie verstärkt und verbessert werden müßten. Dies gilt auch für die außenpolitische Zusammenarbeit, für die wir selbst erst noch eine geeignete Abstimmung mit den nationalen Entscheidungsorganen finden müßten. Für die Erörterung ökonomischer Fragen werde die OECD möglicherweise an Gewicht zunehmen. Wir würden bereit sein, uns auch wegen solcher Fragen abzustimmen, die sich z. B. aus der japanischen Handelspolitik ergeben.

(Aus Gespräch mit Rogers ergab sich, daß dieser es für sehr erwünscht hält, unabhängig von OECD die besonderen Verbindungen zwischen EWG und USA zu verstärken.)

N.: Japan sei ein schweres Problem. „Sie verkaufen ihre Transistoren und lassen ihre Wagen rollen.“ Die Japaner seien etwas ähnlich wie die Deutschen, was Fleiß und Energie angehe. Im Laufe der Zeit würden sie vielleicht etwas fetter werden und mehr zu den Geishas gehen. Die Japaner wendeten nur 1–2% Ausgaben für die Verteidigung auf.

Im Zusammenhang hiermit wurde, auf China–Japan bezogen, die NPT-Problematik kurz erwähnt.

Am Rande kam auch – etwas ausführlicher gegenüber Rogers – die Notwendigkeit zur Sprache, geeignete Regelungen zwischen erweiterter EWG und den übrigbleibenden EFTA-Ländern zu treffen. Bei Abkommen mit außereuropäischen Ländern würden wir besonders darauf achten, daß eine Beeinträchtigung amerikanischer Interessen nach Möglichkeit vermieden werde. Ich erwähnte meinen Besuch in Jamaika und ein kürzliches Gespräch mit dem Premierminister von Neuseeland.¹³

7) Frankreich

Ich berichtete über die gute Zusammenarbeit mit Pompidou. Auch über unser Bemühen, Frankreich pragmatisch wieder enger an den militärischen Zusammenhang in der Allianz heranzuführen.¹⁴

N.: Auch sein Verhältnis zu Pompidou sei gut. Franzosen dürfen sich nicht isoliert fühlen. Pompidou könne sich nur bedingt über die traditionelle gaullistische Politik hinwegsetzen.

8) Lage im Senat

N.: Die Mansfield-Bewegung werde wieder hochkommen.¹⁵ Das Weiße Haus habe gewonnen mit dem Argument, daß andere ihren Teil tragen und daß MBFR eine Chance habe. Hauptsache sei der Geist der Gemeinsamkeit. Das gelte auch für die Bundesrepublik. Der Vorwurf sei, die Administration tue nicht genug, um die Lasten zu teilen.

Ich: Man brauche bilaterale Erkundungen, dann multilaterale Aktionen. Es könne nicht allein eine Sache zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sein.

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Ministerpräsident Holyoake am 30. April 1971 vgl. Dok. 150.

¹⁴ Frankreich schied zum 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

¹⁵ Zum Antrag des amerikanischen Senators Mansfield vom 11. Mai 1971 vgl. Dok. 179, Anm. 3.

N. stimmte im Prinzip zu. Wer das meiste tue, müsse allerdings auch die stärkste Stimme haben. Hier gelte nicht das UN-Prinzip. Aber in keinem Stadium denke er an nur bilaterale Methodik.

Ich erklärte mich damit einverstanden, daß es ganz allgemein darauf ankommt, den Senatoren und der amerikanischen Öffentlichkeit das Gefühl zu vermitteln, daß die Europäer ihrer Verantwortung gerecht werden.

9) Devisenausgleich

N. erwähnte diesen Gegenstand nur ganz kurz, gab der Hoffnung auf eine positive Fortführung der Expertengespräche Ende Juni in Bonn¹⁶ Ausdruck und unterstrich, für ihn sei noch wichtiger, daß allgemeine Kooperationsbereitschaft der Europäer (militärisch, handelspolitisch etc.) zu verzeichnen sei.

Ich: Was Offset angehe, so seien die militärischen Ausgaben als Beitrag akzeptiert. Es stimme allerdings nicht, daß wir ein Ergänzungsflugzeug unbedingt in den USA kaufen müßten. Dies bringe uns jedenfalls Ärger mit den Franzosen ein. Die Erweiterung des Haushaltsbeitrags sei schwierig und prinzipiell zweifelhaft; Burden-sharing sei Allianz-Sache. Man könne durch die Expertengespräche vielleicht näherkommen, wenn man spezifiziere, was begrenzte Entlastungen über den Haushalt bedeuten. Wir könnten z.B. bereit sein, einem langjährigen Verlangen der US-Armee entsprechend zur Renovation der Kasernen beizutragen. Wir würden ein Konto einrichten zur Disposition durch die Armee für diesen Zweck. Die Bundesbank habe vielleicht Ideen in Verbindung mit dem Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz. Was den Gedanken eines Kredits angehe, so könnte man vielleicht über besonders günstige Bedingungen reden.¹⁷

Mir war angekündigt worden, daß N. möglicherweise versuchen würde, mich für das Flugzeug SST zu interessieren, für das der Kongreß die Mittel gestrichen hat.¹⁸ N. warf diese Frage nicht auf, wohl aber bat mich Rogers, mich

¹⁶ Zur dritten Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über einen Devisenausgleich am 28./29. Juni 1971 vgl. Dok. 222.

¹⁷ Am 16. Juni 1971 berichtete Botschafter Pauls, Washington, daß der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Samuels, gegenüber Bundeskanzler Brandt am Vortag „die Sprache auf die Verhandlungslücke beim Devisenausgleichsabkommen“ gebracht habe: „Ohne in Einzelheiten eintreten zu wollen, bezeichnete Samuels es als das grundlegende Problem des gegenwärtigen Verhandlungsstandes, daß etwa 300 Mio. Dollar nicht durch devisenwirksame Leistungen gedeckt seien, um den 80%igen Ausgleich zu erzielen. Der Bundeskanzler entgegnete, auch Präsident Nixon habe in seinem Gespräch mit ihm am Vormittag des 15.6. dieses Problem berührt, habe aber zum Ausdruck gebracht, daß man die Annäherung der gegenseitigen Standpunkte den Experten überlassen solle. Er habe entgegnet, daß die in der Senatsdebatte vorgetragenen Argumente für ihn wenig überzeugend gewesen seien. Er stehe dem Prinzip der Budgetleistungen aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüber. Dennoch könne er sich vorstellen, daß man in der nächsten Verhandlungsrunde bestimmte spezifische Vorschläge erörtern könne, die sich auf die Frage der Kasernenverbesserung erstrecken. Außerdem könne über Kredite der Bundesbank ein zusätzliches Element gefunden werden, wobei die Verzinsung kein Problem darstellen sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1375; VS-Bd. 8778 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1971.

¹⁸ Am 3. Dezember 1970 lehnte der amerikanische Senat die Bewilligung der zweiten Tranche in Höhe von 290 Mio. Dollar für die Entwicklung eines Überschallverkehrsflugzeuges („Supersonic Transport Program“) ab. Vgl. dazu den Artikel „Senate Refuses More Funds to Help Build American SST“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 4. Dezember 1971, S. 1.

Am 12. Mai 1971 sprach sich das Repräsentantenhaus dafür aus, das Verfahren zur Bewilligung wieder aufzunehmen. Der Senat lehnte am 19. Mai 1971 jedoch endgültig die Finanzierung des SST-Programms ab, nachdem bekannt geworden war, daß die Entwicklung des Überschallflugzeuges

durch unsere Sachverständigen hierüber informieren zu lassen. Am Abend des 16. Juni sagten Senatoren in Gegenwart von Rogers, das Projekt sei nicht wert, weiterverfolgt zu werden.

10) Währungsprobleme

N.: Zahlungsbilanzproblem dürfe nicht so stark werden, daß es Sicherheitsfragen überschattet.

Ich erläuterte, daß das Floaten der Mark¹⁹ nicht gegen den Dollar gerichtet war. Es werde nicht allzu lange dauern. Niemand könne garantieren, daß wir zum selben Kurs zurückkehren; aber wir brauchten Annehmbarkeit in der Gemeinschaft. Einstürmen von Dollars war gegen diesen gerichtet und behinderte unser Ringen um Stabilität.

N.: Die Kritik von verschiedenen Seiten war mehr gegen den Prozeß bis zur Maßnahme gerichtet. Es ist ein Problem für die seriösen Leute, wenn Spekulanten die Gelegenheit ausnützen können. Man sollte zu engeren Konsultationen darüber kommen. Interesse, die Situation abzukühlen und nicht den Eindruck einer großen Krise zu erwecken.

Mark und Dollar und auch Pfund seien heute wichtiger als andere Währungen. Wir sollten engen Kontakt halten. Unsere Beziehungen sind so wichtig, sogar für die ganze freie Welt, daß nichts zwischen uns kommen darf.

11) China

N.: Europa wird Zeit brauchen, aber die Deutschen werden eine größere Rolle in der Welt spielen für den Rest des Jahrhunderts. Sie seien stark, auch wirtschaftlich. Wir wollen nichts Negatives gegen andere sagen. Aber wenn man 15–20 Jahre vorausschaue: Niemand kann zulassen, daß 800 Mio. isoliert bleiben. Die USA müssen eine Rolle spielen, damit China eine normale Rolle in der Welt spielen kann. Es gehe ihm nicht darum, daß China heute oder in sechs Monaten in die UN komme. Die Sowjetunion ist beunruhigt über China, aber auch Japan. Jeder Staat sieht auf seine Interessen. Auch Westeuropa werde eine Rolle spielen, besonders die Deutschen. Das Bild der Hand mit fünf Fingern. Dies mag sich später ändern. Aber für unsere Generation: Leben und leben lassen, im Verhältnis dieser Fünf. Wir sind Realisten wie Sie.

Ich: An Ihrer Stelle würde ich es nicht anders machen. Aber von uns aus gesehen, wenn man auf die Karte blickt und weiß, daß wir keine Weltmacht, sondern ein mittelgroßer Staat im geteilten Europa sind, wollen wir nach Möglichkeit alles vermeiden, was die Russen als feindlich gegen sie gerichtet ansehen. Erst die Russen, dann China. China versuchte übrigens, mit Ost-Berlin zu spielen.

N.: Er verstehe völlig, daß für uns die Russen Priorität haben. Er würde es auch so machen. Für Amerika gelte: Sie machten tausendmal mehr mit den Russen als mit den Chinesen. „Das große Spiel für uns ist das mit den Russen.“

Fortsetzung Fußnote von Seite 970

Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Dollar verursachen könnte. Vgl. dazu die Artikel „House Votes to Revive SST; Project Again Faces Senate“ und „Senate Buries SST Issue With Decisive 58–37 Vote“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 13. bzw. 21. Mai 1971, S. 1 bzw. S. 3.

¹⁹ Zu den währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vom 9./10. Mai 1971 vgl. Dok. 157, Anm. 6, und Dok. 167, Anm. 15.

12) Vietnam

Bei Tisch berichtete N. im einzelnen über seine Bemühungen, den Rückzug planmäßig fortzuführen.²⁰ Er gehe davon aus, daß dies möglich sein werde.

13) Pakistan

Ich berichtete über den Brief von Mrs. Gandhi und den Besuch des indischen Außenministers²¹ (der am gleichen Abend in Washington eintraf²²). Ob wir über das Pakistan-Konsortium²³ und auf andere Weise dahin wirken könnten, daß den Flüchtlingen die Rückkehr ermöglicht werde?

N.: Starkes Interesse an Flüchtlingen, aber alles vermeiden, was als Parteinahme gegen Pakistan erscheint.

14) Naher Osten

Thema wurde bei N. nur gestreift. Rogers berichtete im einzelnen: Man sei nicht sicher, ob der Vertrag zwischen Sowjetunion und Ägypten²⁴ die Lage wirklich verändert habe. Jedenfalls werde man weiter an einem ersten Schritt hin zur Friedenslösung arbeiten und rechne mit der Möglichkeit eines Erfolges.

15) 25 Jahre Marshall-Plan

Ich berichtete N. über Vorschläge, aus Anlaß der 25. Wiederkehr der Verkündung des Marshall-Plans²⁵ einen Marshall-Memorial-Fund zu schaffen, damit einen American Council for Europe zu verbinden und European Studies zu finanzieren.²⁶ N. hielt dies für eine begrüßenswerte Idee.

gez. Brandt

VS-Bd. 10091 A (Ministerbüro)

²⁰ Vgl. dazu die Ankündigung des Präsidenten Nixon vom 9. April 1971 über den Abzug amerikanischer Truppen aus Vietnam; Dok. 64, Anm. 11.

²¹ Zum Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh am 9./10. Juni 1971 vgl. Dok. 206.

²² Der indische Außenminister Swaran Singh hielt sich vom 15. bis 17. Juni 1971 in Washington auf.

²³ Zum Pakistan-Konsortium vgl. Dok. 206, Anm. 6 und 10.

²⁴ Zum Vertrag vom 27. Mai 1971 zwischen der UdSSR und der VAR über Freundschaft und Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Anm. 15.

²⁵ Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm benannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach West-Europa. Davon entfielen auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

²⁶ Am 11. Juni 1971 vermerkte Bundesminister Ehmke für Bundeskanzler Brandt, daß hinsichtlich des 25. Jahrestages der Rede des amerikanischen Außenministers Marshall bislang „nichts Spektakuläres“ geplant sei: „Amerikanische Freunde raten zu einer Überprüfung dieser Position. In der augenblicklichen psychologischen Lage einer Europa-Müdigkeit in den USA mit den Nebenthemen Truppenreduzierung und Verhältnis zur EWG könne man mit wenig Geld vielleicht psychologisch viel erreichen.“ So habe der Professor an der Harvard-Universität, Goldman, die Einrichtung eines „Marshall Memorial Fund“ zur Förderung von „Europäischen Studien“ vorgeschlagen. Ehmke regte an, das Thema mit Präsident Nixon zu erörtern. Vgl. Referat I A 5, Bd. 344.

Am 21. Juli 1971 stimmte das Kabinett der Errichtung einer Stiftung zu. Hinsichtlich der Finanzierung sollte die Bundesrepublik eine Spende von zehn Mio DM jährlich über einen Zeitraum von 15 Jahren bereitstellen mit dem Ziel der Bildung eines Stiftungsvermögens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats L 1 vom 29. Juli 1971; Referat I A 5, Bd. 344.

Vgl. dazu weiter Dok. 452, Anm. 35.

**Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z.Z. Washington,
an Bundesminister Scheel**

Z B 6-1-12256/71 geheim
Fernschreiben Nr. 1371
Citissime

Aufgabe: 16. Juni 1971, 01.05 Uhr
Ankunft: 16. Juni 1971, 06.57 Uhr

Nur für Minister, Staatssekretär¹, DPol², Dg II B³

Betr.: Bundeskanzlerbesuch in USA⁴
hier: Thema MBFR

1) In einer etwa einstündigen Besprechung mit dem Bundeskanzler, die sich an das Arbeitsessen im Department of State am 15.6. anschloß, äußerte sich Außenminister Rogers zum Thema MBFR wie folgt:

Die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, mit der Sowjetunion in bilaterale Verhandlungen einzutreten. Die amerikanische Regierung sei daran interessiert, eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung in Angriff zu nehmen, nicht zuletzt, da sie wegen der Debatte um das Mansfield Amendment⁵ in einen Zugzwang geraten sei und erste Schritte in Richtung auf eine MBFR den Druck des Kongresses auf einseitige Truppenreduzierung zu vermindern verspreche („We are interested, but not frantic“).

Die Idee einer umfassenden substantiellen Verminderung auf beiden Seiten sei nur schwer durchführbar. Auch bestünde über die sowjetischen Vorstellungen noch keine Klarheit. Man müsse daher mit kleinen Schritten beginnen und graduelle Reduzierungen ins Auge fassen. Eine erste Reduzierung etwa in der Größenordnung von 5 bis 10% werde keinen destabilisierenden Effekt haben und werde möglicherweise den Bedürfnissen beider Seiten entgegenkommen. Er hoffe, einen solchen Schritt bis Ende des Jahres vereinbaren zu können.

Außenminister Rogers ließ keinen Zweifel daran, daß er symbolische Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte im Auge hatte. Diese, so meinte er, seien dann auch asymmetrisch, da die Sowjets größere Verbände in dem betreffenden Raum unterhielten als die USA (500 000 gegenüber 300 000).

Auch bei den SALT-Verhandlungen habe man mit ehrgeizigen umfassenden Modellen begonnen und sei schließlich zu der Überzeugung gelangt, daß man mit weniger umfassenden Maßnahmen auf Teilgebieten in kleinen Schritten eher zu Rande komme. Es komme darauf an, eine positive Haltung gegenüber Verhandlungen an sich einzunehmen, ohne das Verhandlungsziel von Beginn an breit abzustecken und zu definieren.

¹ Hat Staatssekretär Frank am 17. Juni 1971 vorgelegen.

² Berndt von Staden.

³ Hellmuth Roth.

⁴ Bundeskanzler Brandt hielt sich im Anschluß an einen Besuch am 12./13. Juni 1971 in Jamaika vom 14. bis 16. Juni 1971 in Washington und am 17./18. Juni 1971 in New York auf.

⁵ Zum Antrag des amerikanischen Senators Mansfield vom 11. Mai 1971 vgl. Dok. 179, Anm. 3.

Der Bundeskanzler pflichtete dem amerikanischen Außenminister bei, daß ein umfassendes Verhandlungsziel viel Zeit für den Verhandlungsprozeß erfordere. Auch er sei mit einem begrenzten ersten Schritt einverstanden. Ernsthaftere Verhandlungen müßten indes nationale wie ausländische Streitkräfte umfassen. Sie würden nicht nur Probleme im Ost-West-Verhältnis, sondern auch Probleme innerhalb der westlichen Allianz sowie in Beziehung zu den ungebundenen Staaten aufwerfen (Schweden, Jugoslawien, Schweiz).

Die Frage nach den amerikanischen Vorstellungen hinsichtlich der Territorien, auf die sich MBFR erstrecken soll, wollte der amerikanische Außenminister nicht präzise beantworten.

2) Im Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten wurde eine Fortsetzung der bilateralen Konsultation (AA-BMVG) vorgesehen, die Anfang Juli stattfinden soll.⁶

Im Unterschied zu den Ausführungen von Rogers unterstrich Präsident Nixon im Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler, daß er in der MBFR-Frage noch keine Präferenzen festgelegt habe. Laird äußerte sich in Tischgespräch ähnlich.

[gez.] Bahr

VS-Bd. 9823 (I A 5)

210

Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, in Washington

Geheim

16. Juni 1971¹

Aufzeichnung über die Besprechung im State Department am 16. Juni 1971, 9.30 Uhr bis 11.00 Uhr.²

Teilnehmer: Auf deutscher Seite: Herr Staatssekretär Bahr, Herr MinDir. Dr. Wieck, Herr Ministerialdirigent van Well, Herr VLR Dr. Eitel, Herr BR I La-

⁶ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington vgl. Dok. 208.

Zu den MBFR-Konsultationen des Botschafters Roth am 30. Juni und 1. Juli 1971 in Washington vgl. Dok. 227.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse Lahusen, Washington, am 16. Juni 1971 gefertigt und über Gesandten Noebel, Washington, an Botschafter Pauls, Washington, geleitet „mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn StS Bahr [...], der diese Aufzeichnung angefordert hat“. Hat Noebel am 16. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Pauls vorgelegen.

Hat Staatssekretär Bahr vorgelegen.

² Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1971 anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Brandt in Washington auf. Zum Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 17. Juni 1971 vgl. Dok. 214 und Dok. 215.

husen; auf amerikanischer Seite: Mr. Hillenbrand, Mr. Sutterlin (teilweise), Mr. Ledsky.

Betr.: MBFR

Es wurde eine Stunde lang über MBFR gesprochen.³

Mr. Hillenbrand: Außenminister Rogers hat Botschafter Dobrynin für heute nachmittag einbestellt, um mit ihm über die MBFR zu sprechen. Die SU hält offenbar nicht mehr an der Position fest, daß MBFR erst nach einer KSE behandelt werden könne, jedenfalls können wir dies als realistische Arbeitshypothese annehmen.⁴

Bald nach der Außenministerstellvertreter-Konferenz⁵ werden demnach wahrscheinlich Verhandlungen mit den Sowjets beginnen können. In diesem Sommer wird innerhalb der Allianz sehr intensiv gearbeitet werden müssen, um zu einer gemeinsamen Position in den Substanzfragen zu gelangen.

³ Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, und der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, erörterten ferner die Vier-Mächte-Gespräche über Berlin und die innerdeutschen Gespräche über den Abschluß eines Verkehrsvertrags. Vgl. dazu Dok. 211.

⁴ Am 22. Juni 1971 vermerkte Vortragender Legationsrat Ruth, daß nach Auskunft der amerikanischen Botschaft der amerikanische Außenminister Rogers dem sowjetischen Botschafter in Washington am 16. Juni 1971 folgende Fragen gestellt habe: „1) Welche zeitlichen Vorstellungen hat die Sowjetunion für MBFR-Verhandlungen? 2) Wie sieht die Sowjetunion die Verbindung zu KSE? 3) Schließen sowjetische Vorstellungen Stationierungs- und einheimische Streitkräfte ein? 4) Wie steht die Sowjetunion dazu, daß die Reduzierung nicht nur die Personalstärken, sondern auch die Waffensysteme betreffen sollen? Dobrynin habe geantwortet: 1) Verhandlungen sollen so früh wie möglich stattfinden. 2) Truppenverminderungen könnten entweder in einem Organ der KSE oder unabhängig von einer KSE verhandelt werden. 3) Sowohl Stationierungs- wie einheimische Streitkräfte sollen betroffen sein. 4) Zur Frage der Waffensysteme habe er keine Instruktionen, doch meine er, daß auch sie in die Verhandlungen eingeschlossen werden könnten.“ Im einzelnen habe das Gespräch sinngemäß folgenden Verlauf genommen: „Dobrynin: In Lissabon wurde eine Verbindung zwischen MBFR und Berlin hergestellt. Dies ist für die Sowjetunion nicht akzeptabel. Rogers: Eine KSE gebe es nicht ohne eine Berlin-Regelung. MBFR sei nicht mit einer Berlin-Regelung verbunden. Dobrynin: Kann der Vorschlag, eine Konferenz der Ministerstellvertreter einzuberufen, die Verhandlungen bis 1972 verzögern? Rogers: Wenn die exploratorischen Gespräche befriedigend verlaufen, können Verhandlungen schon im Oktober oder November beginnen. Dobrynin: Zur Frage der Kriterien von Rom verhalte sich die Sowjetunion vorsichtig. Über einige Ausdrücke bestehe Unklarheit, z. B. über den Ausdruck ‚balanced‘. Rogers: ‚Balanced‘ berücksichtige die Tatsache, daß symmetrische Situationen die eine oder andere Seite benachteiligen würden. Der Ausdruck weist darauf hin, daß Reduktionen in ihrer Abfolge und zeitlich so angelegt sein müssen, daß sie sich nicht zum militärischen Nachteil einer Seite auswirken. Die Grundsätze von Rom sind keine Vorbedingungen, sondern sie zeigen einen Weg auf, der am ehesten fruchtbar wäre. Wir würden Gegenvorschläge begrüßen. Dobrynin: Die Sowjetunion könnte die Grundsätze von Rom nicht ohne zusätzliche Definierung annehmen, aber sie habe nichts dagegen, daß diese Grundsätze in Verhandlungen zur Diskussion gestellt werden. Dobrynin: Frage, ob ein Explorateur ernannt sei. Rogers: Eine Möglichkeit sei, daß die NATO und der Warschauer Pakt je einen Vertreter oder eine Gruppe von Vertretern benennen, die Vorgespräche führen würden. Dobrynin: Wann? Rogers: Es wäre leichter, wenn es nach der Konferenz der Ministerstellvertreter wäre, aber es ist auch früher denkbar. Dobrynin: Sollen es Vertreter der Sowjetunion oder der USA sein? Rogers: Wir sind hinsichtlich der Identität nicht festgelegt. Die Vereinigten Staaten könnten in einem Team teilnehmen. Das Wichtige sei, daß der Vertreter im Auftrag der Allianz verhandele und nicht bilateral zwischen der Sowjetunion und den USA. Dobrynin: Soll es eine Person oder eine Gruppe sein? Rogers: Die Vereinigten Staaten ziehen einen Vertreter vor. Dobrynin: In dieser Hinsicht ist die NATO, die über einen Generalsekretär verfügt, in einer besseren Lage als der Warschauer Pakt, wenn es darum geht, einen Vertreter zu benennen.“ Vgl. VS-Bd. 4556 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1971.

⁵ Zum Vorschlag einer Konferenz der stellvertretenden Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Die Konferenz fand am 5./6. Oktober 1971 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 348.

In der Presse findet sich viel Interesse für die gestrige Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers über einen ersten symbolischen Schritt.⁶ Hier darf nicht der Eindruck entstehen, daß damit eine in der Substanz mehr oder weniger bedeutungslose Operation gemeint sei. Symbolisch muß vielmehr heißen, daß es ein erster Schritt ist als Ausdruck einer weiterführenden Absicht; dann ist die Formel gut. Wir werden in ein oder zwei Tagen nach Erörterung mit Außenminister Rogers amerikanischerseits öffentlich klarstellen, was symbolisch für uns bedeutet, damit in der Öffentlichkeit nicht falsch spekuliert wird. Die Regierung ist insbesondere empfindlich gegenüber Attacken aus dem Senat.

Morgen wird eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats über MBFR stattfinden, es ist zu hoffen, daß die amerikanischen Positionen im Juli in der NATO dargelegt werden können.

Es ist sehr verlockend, sich für die MBFR einen ähnlichen einleitenden Prozeß zu denken, wie bei den SALT (Bausteinverfahren⁷). Es gibt hierüber aber noch keine endgültige amerikanische Position. Ein solcher Prozeß würde vielleicht keine genügend rasche Bewegung erlauben⁸, so daß wir eher an einen symbolischen ersten Schritt denken sollten. Auch schließt das eine das andere nicht aus. Dies muß in der NATO diskutiert werden.

Auch müssen in der NATO-Diskussion die nicht brauchbaren und nicht verhandlungsfähigen Modelle ausgeschieden werden. Die Zahl der Modelle muß reduziert, das Konzept der NATO gestrafft (streamlined) werden.

Staatssekretär *Bahr*: Ich glaube, daß die Russen noch nicht auf eine klare Unterscheidung zwischen MBFR–KSE festgelegt sind. Insofern ist der Zeitpunkt für uns günstig. Vom deutschen Standpunkt aus steht fest: Wenn es eine KSE gibt, kann man keinem Teilnehmer⁹ verbieten, über Fragen der Sicherheit, d. h. auch¹⁰ über MBFR, zu sprechen. Damit setze ich schon voraus, daß MBFR früher in Gang kommt als die KSE. Ich vermute, es wird zuerst zu MBFR kom-

⁶ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer „symbolischen“ Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte vgl. Dok. 209.

Am 15. Juni 1971 erklärte Bundeskanzler Brandt vor dem Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington: „Auch der Erwägung Ihres Außenministers, man könne unter Umständen mit einem symbolischen Schritt beginnen, stehe ich aufgeschlossen gegenüber. Dabei muß klar bleiben, daß wir unsere Sicherheit keinen Augenblick vernachlässigen und daß es sich bei der Reduktion von Bürden um eine gemeinsame Reduktion zu handeln haben wird. Das heißt: beiderseitig und ausgewogen nicht nur zwischen Ost und West, sondern ausgewogen und gemeinsam auch bei uns im Westen. Es wird nicht möglich sein, daß nur die Vereinigten Staaten wesentliche Reduktionen vornehmen, sondern man wird den Zusammenhang mit den europäischen Streitkräften sehen müssen. Es wird aus mehr als einem Grund auch kaum möglich sein, das Stärkeverhältnis der europäischen Partner untereinander wesentlich zu verändern. Und wenn die westeuropäischen Partner ihre Aufgabe auch noch so ernst nehmen: nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß letztlich die Vereinigten Staaten das militärische und politische Gewicht haben, um das Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion zu erhalten. Das große Konzept einer ausgewogenen Reduktion steht logisch im Widerspruch zu einseitigen Reduktionen.“ Vgl. BULLETIN 1971, S. 962.

⁷ Vgl. dazu den Entwurf vom 16. März 1971 für ein „MBFR-Bausteinkonzept“, der am 22. März 1971 im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene vorgelegt wurde; Dok. 95.

⁸ Der Passus „Ein solcher Prozeß ... erlauben“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Bahr, z. Z. Washington, zurück. Vorher lautete er: „Vielleicht erlaubt ein solcher Prozeß keine genügend rasche Bewegung“.

⁹ Die Wörter „keinem Teilnehmer“ wurden von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem Teilnehmer nicht“.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt.

men. Etwas später wird kein Grund mehr bestehen, eine KSE länger aufzuschieben; ich rechne mit ihr im ersten Halbjahr 1972. Auf der KSE wird dann auch MBFR behandelt werden, vielleicht auch schon auf der Basis inzwischen erzielter erster Ergebnisse von MBFR-Verhandlungen.

Die Ausführungen von Außenminister Rogers habe ich gestern nicht ganz verstanden. Ich entnehme Mr. Hillenbrands Bemerkungen, daß er etwas positiver über das Bauen von Modellen denkt. Es ist gut zu wissen, wohin man geht, bevor man anfängt zu laufen.

Was allerdings Außenminister Rogers über eine 5–10%ige Reduzierung gesagt hat und seine Erwartung, bis Ende des Jahres zu einer ersten Vereinbarung zu gelangen, machen es wohl fast unausweichlich, daß dieser erste Schritt im wesentlichen sowjetische und amerikanische Truppen umfassen soll. Hier muß ich mit sehr großem Nachdruck folgendes anmelden: In dem Augenblick, in dem es einen bemerkenswerten Prozentsatz für Reduzierungen¹¹ gibt, darf sich dieser nicht nur auf fremde Truppen beschränken, sondern nationale Truppen müssen mit einbezogen werden. Das Prinzip der Teilung der Bürden muß gelten, sowohl, wenn man gezwungen ist, Truppen zu vermehren, als auch, wenn man sie verringern kann.

Der Herr Bundeskanzler hat gestern darauf hingewiesen, daß das Ausbalancieren von Truppen nicht nur ein Ost-West-Vorgang, sondern auch ein West-West-Vorgang innerhalb der Allianz sein muß. Dies ist so aus vielen Gründen. Unter anderem würden auch unsere Verbündeten es nicht gern sehen, wenn die Relation so geändert wird, daß der Bundeswehr eine größere Rolle zufällt.¹²

¹¹ Die Wörter „für Reduzierungen „ wurden von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zur Reduzierung“.

¹² Am 21. Juni 1971 nahm Ministerialdirektor Oncken Stellung zum Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium am 16. Juni 1971 in Washington. Zu diesem Satz führte er aus: „1) Stellungnahme: a) Dem Planungsstab ist bekannt, daß die Einbeziehung nationaler Truppen in MBFR NATO-Position ist und daß dieses Projekt, schon aus Gründen der Lastenverteilung, auch einen innerwestlichen Vorgang darstellen würde. Es kann gewiß nicht unser Ziel sein, durch prinzipiellen Ausschluß der Bundeswehr den Eindruck mangelnder Entspannungsbereitschaft, evtl. gar als ‚Torpedierer‘ des MBFR-Projekts, zu erwecken. b) Andererseits dürfen folgende Konsequenzen einer Einbeziehung der Bundeswehr in MBFR nicht übersehen werden: (i) Durch eine geographische Beschränkung des MBFR-Gebiets auf die Bundesrepublik Deutschland (im Westen) würden wir uns nach den uns allein betreffenden Rüstungsbegrenzungen des WEU-Vertrages von 1954 und nach den Bestimmungen des NV-Vertrages von 1969 einem weiteren diskriminatorischen Statut unterwerfen. (Die Hinzunahme der Benelux-Länder würde diesen Tatbestand kaum mildern.) Die Bundeswehr wäre formal schlechter gestellt als irgendeine andere alliierte Streitmacht. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß sie als ein Instrument zur Überwindung der Beschränkungen unserer Souveränität geschaffen wurde. [...] (ii) Eine Verringerung des relativen Gewichts der Bundeswehr innerhalb der Allianz (vor allem gegenüber Frankreich und Großbritannien) könnte die Möglichkeiten einer faktischen Sperrminorität reduzieren, die uns bisher kraft des Gewichts der Bundeswehr bei jeder Krisenkontrolle in Europa zukam. (iii) Die Bundeswehr ist im Vergleich mit der NVA – ganz abgesehen von den paramilitärischen Einheiten der sich stetig militarisierenden DDR – relativ kleiner, wenn man ausgeht von der Länge der zu schützenden Grenzen: für uns die Demarkationslinie plus Grenze zur ČSSR (und Österreich); dem Truppenbestand im Verhältnis zur Einwohnerzahl. (iv) Die politische Konfrontation im Mittelabschnitt der NATO und die dortige Konzentration militärischen Potentials gehen jedenfalls nicht von der Bundeswehr aus, sondern vor allem vom Überhang an sowjetischen Streitkräften in der DDR und ČSSR (27 Divisionen). Es geht vor allem um eine Verringerung dieser Truppen. Da sowjetische Truppen aber voraussichtlich nur gegen den Rückzug amerikanischer Truppen vermindert werden dürften, würde der Bundeswehr im Verlaufe von MBFR eine noch steigende Bedeutung nicht nur für unsere nationale, sondern auch für die gesamt-

Wenn der symbolische Schritt einen Akt des guten Willens bedeutet, der besagen will, daß wir danach auf dem eingeschlagenen Wege weiter voranschreiten werden, und wenn er sich im Abzug einiger Musikkapellen ausdrückt, geht das ohne deutsche Beteiligung. Wenn aber ein bemerkenswerter Prozentsatz von Kampftruppen reduziert wird, wie z.B. 5%, dann sollten auch die nationalen Truppen dabei sein. Ich glaube, daß auch die Russen inzwischen Geschmack am Einschluß nationaler Truppen gewonnen haben. Denn es gibt zwar mehr sowjetische als amerikanische Truppen im Reduzierungsgebiet. Die Bundeswehr ist aber wesentlich stärker als die Volksarmee. Welches Modell man immer wählt, ergibt sich – wenn auch Truppen schwer vergleichbar sind – die interessante Tatsache, daß die Bundeswehr stärker ist. Dieses Argument kann man den Sowjets gegenüber verwenden, falls sie Schwierigkeiten machen sollten, in eine prozentuale Reduzierung einzuwilligen.

Zur Frage des Reduzierungsgebietes: Wir würden uns seiner Beschränkung auf die BRD und die DDR widersetzen müssen wegen des nachteiligen politisch-psychologischen Charakters einer auf Deutschland beschränkten Maßnahme. Theoretisch könnte man sich eine sehr große Zone unter Einschluß Frankreichs und der westlichen Teile der SU denken. Das wäre wohl kaum¹³ realistisch. Zwischen dem nicht akzeptablen und dem nicht realistischen Extrem gibt es eine Reihe möglicher Zwischenlösungen. In jedem Fall sollte die Tschechoslowakei einbezogen werden. Dafür gibt es viele Gründe. Ein Reduzierungsgebiet, das die BRD, die DDR und die Tschechoslowakei umfaßt, hätte in sich ein gewisses Gleichgewicht, wäre aber noch nicht die beste denkbare Lösung. Wir werden durchrechnen müssen, welche Länder zweckmäßigerweise mit einbezogen werden sollten, etwa die Beneluxstaaten, Dänemark, Italien, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien?¹⁴

Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob die nukleare Komponente eingeschlossen werden soll. Ich halte dies für unausweichlich, sobald substantielle Reduzierungen amerikanischer Truppen in Frage stehen. Denn die amerikanische Regierung würde dann große¹⁵ Lager nuklearer Sprengköpfe nicht im Reduzierungsgebiet lassen können, wollen oder dürfen.

Ich verstehe den amerikanischen Außenminister gut, wenn er sagt, daß der erste Schritt nicht zu schwierig gestaltet werden darf, damit einmal ein Anfang gemacht wird. Man muß aber wenigstens wissen, wohin dann die Reise geht. Ein kleiner Schritt wird eine ungeheure psychologische Wirkung haben. Dies wäre wohl das erste Mal seit Kriegsende, daß zwischen Ost und West eine Reduzierung militärischer Mittel vereinbart wird.

Fortsetzung Fußnote von Seite 977

westliche Sicherheit und schließlich nicht zuletzt für unser relatives politisches Gewicht im westlichen und ost-westlichen Zusammenhang zukommen. 2) Anregung: Da es nicht unsere Politik sein kann, auf eine Verminderung der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im Konzert vor allem der westlichen Staaten hinzuwirken, sollte die praktische Einbeziehung der Bundeswehr in MBFR nur so weit ins Auge gefaßt werden, als es sich um eine *Conditio sine qua non* für die Fortsetzung eines bereits in Gang gesetzten Abbaus der sowjetischen militärischen Präsenz in der DDR und in der ČSSR handelt.“ Vgl. VS-Bd. 11570 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1971.

¹³ Die Wörter „wohl kaum“ wurden von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „allerdings nicht“.

¹⁴ Dieses Fragezeichen wurde von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die großen“.

Wir sind nicht besorgt um unsere Sicherheit, sofern die Reduzierung ausbalanciert ist. Die amerikanische Regierung wird nicht befürchten müssen, daß wir anfangen zu zittern und fragen: „Liebt ihr uns immer noch?“ Wir haben ein¹⁶ psychologisches Problem, weil die deutsche Bevölkerung glaubt, ihre Sicherheit hänge ab von der Zahl der amerikanischen Truppen. Wir müssen sie mit der Vorstellung vertraut machen, daß ihre Sicherheit durch den Reduzierungsprozeß nicht beeinträchtigt wird. Dafür brauchen wir Zeit. Dieser psychologische Faktor ist für uns gleichzeitig ein Zeitfaktor.

Als Ziel einer Reduzierung, die auf beiden Seiten ausgewogen ist, sehen wir eine Situation¹⁷, in der¹⁸ es physisch unmöglich wird, aus dem Stand heraus einen großen Angriff¹⁹ durchzuführen. Hierzu wäre der Warschauer Pakt gegenwärtig in der Lage. Eine kleine Reduktion bringt für uns zunächst ein größeres Sicherheitsrisiko.²⁰ Objektiv gesehen wird unsere Sicherheitssituation bei nur geringen Reduzierungen schwieriger. Die Verteidigungslinie ist sehr dünn. Wenn man sie weiter verdünnt, könnte sie irgendwo reißen. Eine kleine Reduzierung wirkt bei uns stärker als auf der anderen Seite, weil deren Möglichkeit, aus dem Stand heraus zu operieren, groß genug bleibt²¹. Es entsteht eine schwierige Lage, wenn wir durch eine geringe Reduktion einerseits ein größeres Sicherheitsrisiko eingehen, andererseits eine nicht gerechtfertigte Euphorie auslösen. Ich glaube allerdings nicht, daß die Russen eine solche Situation mißbrauchen würden; dafür wäre ihr Risiko immer noch zu groß. In einer Entwicklung, die auf Abbau der Konfrontation zielt, mindert sich das Risiko auch insofern, als man die Absichten der anderen Seite besser kalkulieren kann.

Ein erster Schritt muß in Wahrheit ein erster sein, dem weitere folgen, bis die Sicherheit wieder voll balanciert ist. Damit meine ich, bis eine Reduzierung

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Bahr, z.Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „aber ein gewisses“.

¹⁷ Die Wörter „eine Situation“ wurden von Staatssekretär Bahr, z.Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein Stadium“.

¹⁸ Korrigiert aus: „dem“.

¹⁹ Die Wörter „großen Angriff“ wurden von Staatssekretär Bahr, z.Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Großangriff“.

²⁰ In einer Stellungnahme vom 21. Juni 1971 zum Gespräch des Staatssekretärs Bahr mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium am 16. Juni 1971 in Washington führte Ministerialdirektor Oncken zu diesem Satz aus: „1) Stellungnahme: Die NATO hat bisher bewußt nur eine gegenseitige ausgewogene – also nicht etwa prozentual gleichgroße – Truppenverminderung angeboten, um ein Sicherheitsrisiko bei MBFR auszuschließen. Durch Beachtung der Ausgewogenheit nach Umfang und zeitlichem Ablauf soll sichergestellt werden, daß sich das Kräfteverhältnis in keiner Phase zuungunsten der NATO noch weiter verschlechtert, und zwar trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der Streitkräfte des Warschauer Pakts in der Ausgangslage und trotz der geographischen Distanz des Hauptverbündeten der NATO. Wenn die Inkaufnahme eines Sicherheitsrisikos bei MBFR erwähnt wird, dann könnte daraus u. U. von unseren Gesprächspartnern geschlossen werden, daß wir bereit sind, unter Abweichung vom NATO-Standpunkt den Gesichtspunkt der Ausgewogenheit zu vernachlässigen und evtl. sogar auf die prozentual gleichgroße Verringerung ungleicher Größen (westliches/östliches konventionelles Potential) einzugehen. Damit würde der Grundgedanke von MBFR in Frage gestellt: MBFR zur Erhöhung, nicht zur Verringerung unserer Sicherheit! 2) Anregung: Wir sollten die theoretische Möglichkeit eines Sicherheitsrisikos für uns nicht ansprechen und ein praktisches Sicherheitsrisiko nicht akzeptieren.“ Vgl. VS-Bd. 11570 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1971.

²¹ Die Wörter „groß genug bleibt“ wurden von Staatssekretär Bahr, z.Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vielleicht größer wird“.

um einen wesentlich höheren Prozentsatz, mehr als 5, 10 oder 20 %, durchgeführt wird.

Mr. Hillenbrand: Der amerikanische Außenminister hatte bei seinen gestrigen Ausführungen mehr die praktische Entwicklung im Auge. Er hat nicht gemeint, daß wir den gesamten Prozeß der Analysierung und des Baues von Modellen einstellen sollten. Aber wir müssen unser Konzept straffen (streamline) und uns jetzt bald darauf einigen, was wir vorschlagen wollen. Unser Vorschlag darf nicht zu kompliziert werden.

Ich verstehe gut, daß die Bundesregierung aus innen- und außenpolitischen Gründen unter Druck gerät, wenn die Reduzierung nur ausländische Truppen umfaßt. Wir sind immer davon ausgegangen, daß die Reduzierung ausländischer Truppen mit der nationaler Truppen in eine Verbindung (linkage) gebracht werden muß.

Zum Reduzierungsgebiet: Ich sehe eine gewisse Logik in der Beschränkung auf die Rapacki-Zone, d. h. auf Bundesrepublik, DDR, Polen, ČSSR.²² Wenn die andere Seite dieses nicht akzeptiert, könnten wir vielleicht die Einbeziehung der Benelux-Staaten anbieten. In der ersten Phase wird es sicherlich um Mitteleuropa gehen, so daß Skandinavien und Italien zunächst nicht in Betracht kommen.

Die Crux des Problems ist der Gedanke, den Herr Staatssekretär Bahr zum Schluß seiner Ausführungen gebracht hat. Wir haben einige überschlägige Kalkulationen angestellt. Danach würde eine 10 %ige Reduzierung von ausländischen und nationalen Streitkräften in der Rapacki-Zone dem Westen am M-Tage eine leichte Verbesserung bringen. Allerdings würde sich die Lage für den Westen im Laufe der folgenden Wochen verschlechtern. Bei einer 30 %igen Reduzierung würde der Vorteil für den Westen am M-Tage noch größer. In den folgenden Wochen würde die Situation auch hier wieder umschlagen.

Wir müssen nicht so sehr an die Quantität denken als an die wirksame Abschreckung (operational deterrent), die nicht nur aus konventionellen Streitkräften besteht, sondern verschiedene Eskalationsleitern vorsieht, so daß die NATO einen Angriff auf jeder Ebene wirksam erwidern kann.

Durch eine Vielzahl an sich berechtigter, aber einander widersprechender Überlegungen ist der Bau von Modellen hoffnungslos kompliziert worden, daher mein Appell zur Straffung (streamline). Bisher haben wir in einer mehr akademischen Atmosphäre gearbeitet und haben bezweifelt, daß MBFR ein politisches Problem wird.²³ Jetzt müssen wir uns auf Verhandlungen praktisch vor-

²² Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der UNO-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus Polen, der ČSSR und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Planes, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. November 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205.

Am 14. Dezember 1964 wiederholte Rapacki seine Vorschläge vor der UNO-Generalversammlung in New York und empfahl die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 398, und AAPD 1965, I, Dok. 152.

²³ Der Passus „und haben bezweifelt ... Problem wird“ wurde von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt.

bereiten. Ich hoffe auf eine rasche Arbeit in der NATO auf einer realistischeren Grundlage. Die Partner sollten sich bilateral und im NATO-Rahmen gegenseitig ihre Vorstellungen vermitteln. Die Deutsche Botschaft in Washington kann immer mit uns darüber sprechen, wie wir es mit ihr tun werden. Im Vordergrund wird allerdings nicht die Arbeit in der NATO stehen. Ich hoffe, daß sich in den nächsten Monaten klare Optionen herauschälen, so daß die Außenministerstellvertreter-Konferenz im Herbst dann über das gemeinsame Vorgehen und vielleicht schon²⁴ die Substanz Entscheidungen treffen kann.

In keiner Weise will die amerikanische Regierung zu einem Prozeß einer psychologischen Erosion beitragen. Entscheidend ist die Beibehaltung einer wirklichen Abschreckung.

Staatssekretär *Bahr*: Ich kann mir nicht vorstellen, wie das „streamlining“ und ein Reduzierungsergebnis bis Ende d.J. zustande kommen können, wenn der ungeheuer komplizierte Prozeß der Konsultation unter 14 oder 15 Partnern mit Rückfragen in den Hauptstädten eingeleitet wird. Gehen die amerikanischen Vorstellungen dahin, daß man nach einer gewissen Abstimmung in der NATO bilateral mit den Sowjets verhandeln will?

Mr. *Hillenbrand*: Wir haben nicht die Vorstellung, dieses Thema bilateral mit den Russen zu verhandeln. Anders als bei den SALT sind die europäischen Alliierten hier in einem zu großen Umfang direkt mitbetroffen. Wir halten eine bilaterale amerikanisch-sowjetische Behandlung daher nicht für wünschenswert. Wir werden daher die Außenministerstellvertreter-Konferenz über ein Gremium (Konferenz oder Ausschuß) beschließen lassen, das die Verhandlungen führt, ohne daß es Schwierigkeiten wegen des DDR-Problems gibt. Allerdings dürfen wir nicht den Eindruck geben, als ob wir die Verhandlungen verschleppen wollten. Nicht unter allen Umständen muß bis Jahresende ein Erfolg erzielt werden. Vielleicht laufen aber die Berlin-Verhandlungen und die Bemühungen um eine KSE in der weiteren Entwicklung durchaus mit MBFR-Verhandlungen zusammen. Bis zur Außenministerstellvertreter-Konferenz werden wir auch größere Klarheit haben, wie es um Berlin steht.

Staatssekretär *Bahr*: Es hat mich sehr beeindruckt, als Präsident Nixon gestern sagte²⁵, es könne sein, daß MBFR den Berlin-Verhandlungen helfe, es könne aber auch sein, daß ein Berlin-Abkommen uns in Sachen MBFR weiterhelfe.

MD Dr. *Wieck*: Erstrecken sich Überlegungen über collateral measures der Verifikation und der Verpflichtung, abgezogene Truppen nicht wieder zurückzuführen, nach der amerikanischen Vorstellung auch auf den symbolischen Schritt?

Mr. *Hillenbrand*: Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, daß ein erster Schritt von Maßnahmen zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens begleitet wird oder daß diese ihm vorangehen. Es gibt aber Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Regierung, ob irgendeine Art von Verifikation, abgesehen von Verifikation mit nationalen Mitteln, für die Sowjets akzeptabel wäre. Wir

²⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Bahr, z.Z. Washington, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „auch über“.

²⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington; Dok. 208.

haben jetzt die Möglichkeit zur Verifikation mit nationalen Mitteln, um eine Umgehung getroffener Vereinbarungen in größerem Umfang zu verhindern. Man müsse abwarten, auf was die Allianz sich einigt und was mit den Sowjets verhandelt werden kann. Die von Herrn Wieck erwähnten Maßnahmen brauchen nicht Vorbedingung für irgendein Übereinkommen mit den Sowjets zu sein, da wir jetzt die nationalen Verifikationsmittel haben. Es gibt in dieser Frage noch keine feste Position der amerikanischen Regierung.

Ministerialdirigent *van Well*: Wie steht es mit der Haltung der Franzosen?

Mr. *Hillenbrand*: Ich habe bei Gesprächen am Rande der kürzlichen OECD-Tagung in Paris²⁶ und am Rande der Lissabonner NATO-Konferenz²⁷ den Eindruck gewonnen, daß jedenfalls im französischen Außenministerium der Wunsch verbreitet ist, sich bei der Außenminister-Stellvertreter-Konferenz über MBFR vertreten zu lassen. Ob dieser Wunsch sich realisiert und was er im einzelnen bedeutet, müssen wir abwarten.

Ministerialdirigent *van Well*: Auch wir haben in den deutsch-französischen Konsultationen bemerkt, daß die französische Regierung einer kooperativeren Haltung zuneigt.²⁸

Hillenbrand und Bahr stimmten überein, daß man die Dinge sich entwickeln lassen könne, in der Erwartung, daß sich die Franzosen zuletzt nicht ausschließen lassen werden.²⁹

VS-Bd. 9823 (I A 5)

²⁶ Die zehnte Jahrestagung der OECD fand am 7./8. Juni 1971 in Paris statt.

²⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 vgl. Dok. 197.

²⁸ Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 25./26. Januar 1971 in Paris vgl. Dok. 27–32.

Am 24. Juni 1971 berichtete Botschafter Ruete, Paris, über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister: „Schumann sagte zum Thema der MBFR, wir sollten uns keine Illusionen machen; unsere Positionen seien nicht die gleichen. Er verstehe das deutsche Interesse, Reduzierungen der amerikanischen Truppen zu vermeiden, denn die deutsche Ostpolitik sei nur möglich bei hinreichender Sicherung durch amerikanische Truppenpräsenz. [...] Die französische Regierung gehe bei der Betrachtung des Problems der MBFR von zwei Überlegungen aus: a) Wenn man symmetrische Truppenreduzierungen vorschläge, würde dies zum Nachteil des Westens reichen, schlage man jedoch asymmetrische Truppenreduzierungen vor, würde die Sowjetunion nicht mitmachen. Man verstehe das Argument des Bundeskanzlers, daß die Bundesregierung jeden Eindruck vermeiden möchte, daß sie die stärkste Militärmacht auf dem Kontinent sei. Auch deshalb sei es erforderlich, daß amerikanische Truppen auf dem Kontinent blieben. b) Ziel der Entspannung sei es, die Konfrontation der Blöcke abzubauen und durch einen Dialog der Nationen zu ersetzen. Diejenigen osteuropäischen Staaten, die für eine Europäische Sicherheitskonferenz seien, hofften mit diesem Mittel, ihren Satellitenstatus überwinden zu können; sie seien der Ansicht, daß nach einer Europäischen Sicherheitskonferenz ein zweites Prag nicht mehr möglich sein werde. Die MBFR würde aber zu einer Verdichtung des Blockdenkens führen. Es könne im Osten nichts geschehen, ohne daß es von Moskau sanktioniert würde. Außerdem sei die französische Regierung der Ansicht, daß ein Bestehen auf der Reduktion der in den osteuropäischen Ländern stationierten sowjetischen Truppen gleichzeitig die Legitimierung von deren Anwesenheit enthalte. Eine derartige Legitimierung sei aber schädlich und sollte vermieden werden. Diese Auffassung berühre dagegen nicht die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland, wo wir es aufgrund der Besatzungssituation mit einer besonderen Lage zu tun hätten. Als der Gedanke der MBFR 1968 in Reykjavik verabschiedet wurde, sei alle Welt dafür gewesen, weil man geglaubt habe, die Gefahr, daß die Sowjets diese Vorschläge annähmen, sei gering. Jetzt habe sich die Sowjetunion dieses Gedankens bemächtigt. Sie werde damit ein Instrument in die Hand bekommen, mit dem sie unerfreuliche Entwicklungen einleiten könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1869; VS-Bd. 9790 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

²⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Bahr, z. Z. Washington, handschriftlich eingefügt.

211

Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, in Washington

Geheim

16. Juni 1971¹Gespräch im State Department am 16. Juni 1971 um 10.30 Uhr.²

Teilnehmer: Auf deutscher Seite: Herr Staatssekretär Bahr, Herr MinDir. Dr. Wieck, Herr MinDirig. van Well, Herr VLR Dr. Eitel, Herr BR I Lahusen; auf amerikanischer Seite: Mr. Hillenbrand, Mr. Sutterlin, Mr. Ledsky.

Staatssekretär *Bahr* sagte, er teile die Auffassung von Botschafter Rush, daß die Vier-Mächte-Verhandlungen binnen vier Wochen beendet sein könnten. Allerdings müsse man mit zeitlichen Prognosen sehr vorsichtig sein. Wenn ohne Sommerpause verhandelt werde, könnten die Vier-Mächte-Verhandlungen aber wohl bis Ende August abgeschlossen sein. Dann würden die innerdeutschen Berlin-Verhandlungen beginnen, die im günstigsten Fall acht Wochen dauern würden. Es könnten aber auch vier Monate daraus werden. Er versuche zu erreichen, daß der allgemeine Verkehrsvertrag mit der DDR ratifizierungsbedürftig werde. Damit könne man dann einen gewissen Druck auf die DDR ausüben. Es komme darauf an, die DDR von ihrem Konzept abzubringen, daß der Berlin-Verkehr in einem Anhang zum allgemeinen Verkehrsvertrag statt in einem Anhang zur Vier-Mächte-Vereinbarung über Berlin zu regeln sei.

In der Sache gehe es nicht darum, der DDR Rechte im zivilen Berlin-Verkehr einzuräumen, sondern die wenigen Ausnahmen zu ihren Gunsten von einem völlig freien Verkehr derart einzugrenzen, daß sie die Möglichkeit zu Schikanen verliere. Die Verhandlungen hierüber würden außergewöhnlich kompliziert sein. Denn man könne sich dabei nicht auf ähnliche Vereinbarungen der Bundesrepublik oder sonst aus dem internationalen Bereich berufen. Wir brauchen eine Lösung, die man zwar nicht Korridor nennen dürfe, die in der Sache aber fast einer Korridorlösung für den zivilen Zugang nach Berlin gleichkomme.

Wir wüßten nicht, inwieweit die Russen bereit seien, Druck auf die DDR auszuüben. Es könne sein, daß Moskau erklären werde, mit der Bereitschaft, eine sowjetische Zugangsverantwortung zu übernehmen und außerdem die Bundesregierung für den Berliner Senat verhandeln zu lassen, habe man sowjetischer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse Lahusen, Washington, am 16. Juni 1971 gefertigt und über Gesandten Noebel, Washington, an Botschafter Pauls, Washington, geleitet „mit der Bitte um Weitergabe an Herrn StS Bahr.“

Hat Noebel am 16. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Pauls vorgelegen.

Hat Staatssekretär Bahr vorgelegen.

² Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1971 anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Brandt in Washington auf. Zum Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 17. Juni 1971 vgl. Dok. 214 und Dok. 215.

Bahr erörterte mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, ferner das Thema MBFR. Vgl. dazu Dok. 210.

seits genug getan. Die „Kleinigkeiten“ müßten nun der DDR überlassen werden. Dann werde die DDR uns spüren lassen, wie stark sie sei. Im Falle einer solchen Entwicklung sei er entschlossen, es zu einer richtigen Krise kommen zu lassen, um die Russen wieder auf den Plan zu rufen. Jedenfalls könne man in Washington unseres Interesses sicher sein³, nach Abschluß der Vier-Mächte-Vereinbarung so rasch wie möglich eine innerdeutsche Berlin-Vereinbarung zu erzielen. Wir wären auch daran interessiert, noch in diesem Jahr den Ratifizierungsprozeß für den Moskauer Vertrag einzuleiten. Am allerwichtigsten sei es uns aber, daß die Berlin-Regelung auch vom Mann auf der Straße akzeptiert werden könne, d.h., von ihm als Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand empfunden werde.

Mr. *Hillenbrand* sagte, nach seiner Auffassung gehe es beim Abschluß der ersten Phase nicht nur um die Zugangsregelung, sondern auch um das Schlußprotokoll, die durch die vier Botschafter⁴ unterzeichnet oder paraphiert werden müßten.

Staatssekretär *Bahr* wies darauf hin, daß dies der sowjetischen Seite bekannt sei.⁵ Die Lage habe sich jetzt dahin entwickelt, daß die vier Botschafter nach Abschluß ihrer Verhandlungen auf den Abschluß der innerdeutschen Berlin-Verhandlungen warten müßten. Wenn diese sich komplizieren sollten, werde er nicht zögern, an die Drei Mächte und an die Sowjetunion zu appellieren.

Mr. *Hillenbrand* war der Meinung, daß die vier Botschafter die Methode des gelegentlichen Zusammentretens in Berlin nicht wieder aufgeben würden.

Er hoffte im übrigen, bald Instruktionen herausgeben zu können, die ermöglichen sollten, daß bei der nächsten Sitzung über Berlin⁶ auch über die sowjetische Präsenz⁷ gesprochen werden könne.

Man könne nur wünschen, daß die Verhandlungen sich jetzt rasch entwickelten, deren historische Bedeutung im zunehmenden Maße auch in der Presse gewürdigt werde.

Staatssekretär *Bahr* fragte, ob nach Abschluß der Verhandlungen unter den vier Botschaftern über den Gesamttext einschließlich des Schlußteils und nach Paraphierung ein Kommuniqué herausgegeben und ob die Texte dann veröffentlicht werden sollten.

MinDirig. *van Well* wies darauf hin, daß der erste Teil unterzeichnet werden soll.

Mr. *Hillenbrand* sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß man diese Texte einige Monate lang werde geheimhalten können. Die Veröffentlichung sei für den

³ Der Passus „Jedenfalls könne ... sicher sein“ wurde von Staatssekretär Bahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Hieraus erkläre sich auch unser Interesse“.

⁴ Pjotr A. Abrassimow (UdSSR), Roger Jackling (Großbritannien), Kenneth Rush (USA) und Jean Sauvagnargues (Frankreich).

⁵ Der Passus „dies der ... bekannt sei“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Bahr zurück. Vorher lautete er: „er dies auch Botschafter Abrassimow klarge-macht habe“.

⁶ Das 22. Gespräch der Vier Mächte über Berlin fand am 25. Juni 1971 statt. Vgl. dazu Dok. 223.

⁷ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. zuletzt Dok. 160 und weiter Dok. 215.

Westen vielleicht auch von Vorteil, weil die Sowjets damit zusätzlich gebunden würden.

Staatssekretär *Bahr* erläuterte, daß der erste Teil unterzeichnet, der Schlußteil dagegen zunächst nur paraphiert werden könne. Seine Unterzeichnung sei erst dann möglich, wenn der deutsche Teil des Abkommens fertiggestellt sei.

Staatssekretär *Bahr* regte sodann an zu erwägen, ein permanentes Organ, über dessen Einsetzung die KSE vielleicht beschließen werde, nach Berlin zu verlegen.

Mr. *Hillenbrand* erwiderte, er würde dies gern anregen, habe aber Zweifel, ob die Sowjets und insbesondere die DDR Berlin als Sitz eines KSE-Organes akzeptieren würde.

VS-Bd. 9823 (I A 5)

212

Botschafter Gehlhoff, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12279/71 geheim

Aufgabe: 16. Juni 1971, 21.15 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 611

Ankunft: 17. Juni 1971, 03.44 Uhr

Citissime

Auf Plurex Nr. 2979 vom 14. Juni² und Plurex 3030 vom 16.6.1971³

Betr.: Treffen des VN-Generalsekretärs mit den Außenministern der beiden deutschen Staaten

1) Bei meiner am 16.6.1971 weisungsgemäß ausgeführten Demarche hat Generalsekretär U Thant es als schwierig, ja unmöglich bezeichnet, seine Entschei-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Rötger am 18. Juni 1971 vorgelegen.

² Ministerialdirektor von Staden wies den Beobachter bei der UNO in New York an, UNO-Generalsekretär U Thant „persönlich aufzusuchen und ihn nochmals daran zu erinnern, daß die auch von ihm angestrebte Entspannung in Europa erschwert wird, wenn er vorzeitig mit Herrn Winzer Fühlung nimmt“. Gehlhoff könne sich auf die Ablehnung des Antrags der DDR auf Mitgliedschaft in der WHO beziehen und auf die „zeichensetzende Bedeutung“ eines solchen Treffens verweisen. Weiterhin könne er damit argumentieren, daß auch der private Rahmen des Treffens die „sensationelle Wirkung“ des Gesprächs, die ihren Niederschlag in der Presse finden werde, nicht wesentlich mindern könne. Abschließend machte Staden darauf aufmerksam, daß die drei Westmächte von der Absicht U Thants unterrichtet und um entsprechende Demarchen beim UNO-Generalsekretär gebeten worden seien. Vgl. VS-Bd. 9843 (I C 1); B 150, Aktenkopien 1971.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hassell teilte dem Beobachter bei der UNO in New York mit, daß am 16. Juni 1971 der französische Vertreter in der Bonner Vierergruppe zugesagt habe, Frankreich werde die „Bemühungen um eine Verhinderung des Treffens zwischen dem VN-Generalsekretär und Herrn Winzer bei U Thant“ unterstützen, „wenn dies auch von seiten der britischen und der US-Delegation geschehe“. Allerdings erscheine es der französischen Regierung nicht opportun, „von dem VN-Generalsekretär die Rücknahme der Einladung zu fordern, wenn diese bereits schriftlich an Winzer übermittelt sein sollte“. Hassell fügte hinzu, daß auch die britische Seite ihre Unterstützung des Vorhabens der Bundesregierung von der Haltung der USA und Frankreichs abhängig machen wolle. Vgl. VS-Bd. 9843 (I C 1); B 150, Aktenkopien 1971.

dung, DDR-Außenminister Winzer zu einem Frühstück am 7. Juli 1971 in Genf im Hause von Winspeare einzuladen, zu überprüfen.

2) Demarche nahm im einzelnen folgenden Verlauf:

a) Unter Verwendung der in Vorberichten und im Bezugserlaß vom 14.6. genannten Argumente erläuterte ich Generalsekretär die von Bundesregierung eingeleitete Entspannungspolitik in der Mitte Europas und unser Ziel, zu gegebener Zeit unsere VN-Mitgliedschaft bei gleichzeitiger Hinnahme DDR-Mitgliedschaft zu beantragen. Ich erläuterte ferner, wenn diese Politik erfolgreich sein solle, müßten ihre einzelnen Phasen in der logischen und notwendigen Reihenfolge vorgenommen und dürften nicht von außen gestört werden. Bundesregierung sei dankbar für das Verständnis, das der Generalsekretär und die Völkergemeinschaft dieser Politik bisher entgegengebracht hätten. Jahresversammlung der WHO habe noch letzten Monat mit großer Mehrheit beschlossen, DDR-Mitgliedschaft in WHO jetzt nicht zu behandeln, sondern Entscheidung um ein weiteres Jahr zu vertagen.⁴ Meine Regierung befürchte, daß ein Treffen des Generalsekretärs mit Außenminister Winzer die Haltung Ostberlins verhärten und damit die notwendige Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten erschweren würde. Im Auftrag meiner Regierung bäte ich daher, Generalsekretär möge seine Entscheidung hinsichtlich eines Zusammenkommens mit Außenminister Winzer überprüfen. Auch der Bundeskanzler, der diese Frage mit mir am 15.6.1971 in Washington⁵ erörtert habe, sei besorgt, daß seine Politik durch das beabsichtigte Treffen U Thants mit Winzer im gegenwärtigen Augenblick gestört werde. Deshalb wäre auch Bundeskanzler dankbar, wenn Generalsekretär seine Entscheidung überprüfen könnte.

U Thant erwiderte, er sei erstmals im Jahre 1969 von sowjetischem VN-Botschafter⁶ gebeten worden, den DDR-Außenminister offiziell zu empfangen. Er habe dies nach Konsultation mit Bundesregierung abgelehnt. Auch den seither wiederholten sowjetischen Aufforderungen, darunter der im vergangenen Jahr vorgebrachten Bitte, den DDR-Außenminister zur 25-Jahresfeier der VN nach New York einzuladen⁷, sei er nicht gefolgt. Aufgrund seines Gesprächs mit Bundesaußenminister Scheel im letzten Februar⁸ habe er davon Abstand genommen, im April 1971 mit Winzer in Genf zusammenzutreffen. Eine weitere Verschiebung habe er jedoch nicht mehr als möglich angesehen, da seine Amtszeit in diesem Jahr auslaufe und er Ende Juni/Anfang Juli 1971 seine letzte Reise als Generalsekretär nach Genf unternehme.

Dies sei mithin die letzte Gelegenheit für ihn, als Generalsekretär einen eigenen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten. Nach Besprechungen, die er im vergangenen April mit Winspeare und Stanovnik in Genf und Bern führte, habe er deshalb Winzer für den 7. Juli 1971 zu einem Frühstück im Hause

⁴ Zur Abstimmung am 13. Mai 1971 auf der 24. Weltgesundheitsversammlung in Genf vgl. Dok. 62, Anm. 7.

⁵ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 208.

⁶ Jakow Alexandrowitsch Malik.

⁷ Zu Überlegungen des UNO-Generalsekretärs U Thant, im September 1970 den Außenminister der DDR, Winzer, in New York zu empfangen, vgl. AAPD 1970, III, Dok. 441.

⁸ Zum Gespräch am 19. Februar 1971 vgl. Dok. 70.

Winspeares eingeladen. Er habe der DDR durch Winspeare klargemacht, daß es sich um ein „social meeting“ und nicht um eine politische Zusammenkunft handeln würde, daß er von drei oder vier seiner hohen Beamten (Narasimhan, Winspeare, Stanovnik, evtl. Guyer) begleitet sein werde und daß es Winzer freistehe, einige seiner Mitarbeiter zu dem Frühstück mitzubringen.

Endgültige Reaktion Winzers auf diesen Vorschlag stehe noch aus. Sowjetischer VN-Botschafter Malik habe 11. Juni nochmals darauf gedrängt, daß Treffen U Thant/Winzer im Palais des Nations stattfinde. Hierzu sei er (U Thant) auf keinen Fall bereit. Nachdem er Einladung an Winzer aber bereits ausgesprochen habe, sei es technisch und in der Sache schwierig, ja unmöglich, seine Entscheidung zu überprüfen. (U Thant gebrauchte einmal den Ausdruck „difficult“, zweimal den Ausdruck „impossible“). U Thant fügte hinzu, daß er für die Person und die Politik von Bundeskanzler Brandt hohe Wertschätzung habe. Wenn er den Bundeskanzler am 18. Juni in New York offiziell empfangen⁹ und ihm ein Frühstück gebe (als dem bisher einzigen Regierungschef eines Landes, das zwar Mitglied der Sonderorganisation, aber nicht der VN sei), wenn er den deutschen Außenminister bei jedem Besuch offiziell in New York gesehen habe, so müsse für jedermann deutlich sein, daß er durch seine Bereitschaft zu einem Zusammentreffen mit Winzer lediglich in einem Privathaus keine Gleichsetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vollziehe.

c) U Thant war im weiteren Verlauf des 35 Minuten währenden, in Gegenwart von Guyer geführten Gesprächs und trotz ergänzend von mir vorgebrachter Argumente sowie insbesondere meiner Gegenargumentation zu seinem „Entspannungsbeitrag“ nicht bereit, von seiner Haltung abzuweichen. Er bat mich, seine Haltung dem Bundeskanzler zu erläutern, und erklärte von sich aus, daß er mit dem Bundeskanzler über dieses Thema sprechen würde.

Im übrigen erklärte U Thant, daß er in Verfolg früher gemachter Vorschläge gern bereit wäre, auch mit Bundesaußenminister zu einem Frühstück in Genf zusammenzutreffen.¹⁰ Er würde, wenn Bundesaußenminister zustimme, hierfür den 2. Juli 1971 vorschlagen, er würde von demselben Kreis seiner Beamten begleitet sein. Ich habe mich zu diesem Vorschlag rezeptiv verhalten und lediglich Unterrichtung Bundesaußenministers zugesagt.

3) Heute (16.6.) vormittag ergab eine Abstimmung mit unseren drei Verbündeten, daß diese Weisung erhalten haben, unsere Demarche durch eigene Demarchen bei U Thant zu unterstützen.

Amerikanischer Botschafter¹¹ und französischer Geschäftsträger¹² werden Demarche voraussichtlich 17.6., britischer Geschäftsträger¹³ voraussichtlich am Rande eines am 17.6. stattfindenden Sicherheitsrats-Frühstücks ausführen.¹⁴

⁹ Zum Gespräch vgl. Dok. 216.

¹⁰ Vgl. dazu die Einladung des UNO-Generalsekretärs U Thant an Bundesminister Scheel vom 8. Juni 1970; AAPD 1970; II, Dok. 252.

¹¹ George H. Bush.

¹² François de la Gorce.

¹³ Kenneth Douglas Jamieson.

¹⁴ Am 18. Juni 1971 teilte Botschafter Gehlhoff, New York (UNO), mit: „Demarchen wurden durch unsere drei Verbündeten gestern bei U Thant durchgeführt. Den Argumenten unserer Alliierten

Die Sitzung mit den drei Verbündeten ließ erkennen, daß sie unsere Besorgnis über die Auswirkungen eines Treffens von U Thant mit Winzer teilen, daß sie in ihren Demarchen aber vermeiden wollen, bei U Thant den Eindruck einer westlichen „over-reaction“ hervorzurufen und ihn dadurch eher zu verärgern, als von seinem Plan abzubringen.¹⁵

Von amerikanischer Seite erfuhren wir bei dieser Gelegenheit mit der Bitte um vertrauliche Behandlung, daß U Thant bei der Besprechung seiner Reise nach Moskau¹⁶ gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern geäußert habe, er wisse nicht, ob die ernste Lage im ostpakistani-sch-indischen Raum¹⁷ seine Reise überhaupt erlauben würde. Ob er dabei nur an seinen Besuch in Moskau oder auch an sein übriges Reiseprogramm, insbesondere an seinen Besuch in Genf, gedacht habe, sei nicht klar geworden. Über Ergebnis der Vorsprachen unserer drei Verbündeten werde ich umgehend berichten.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 9843 (I C 1)

Fortsetzung Fußnote von Seite 987

begegnete U Thant mit der gleichen Unnachgiebigkeit und der gleichen Begründung wie im Gespräch mit mir. Im wesentlichen berief sich U Thant auch bei diesen Demarchen darauf, daß er sich bereits durch die von ihm ausgesprochene Einladung zum Mittagessen im Hause Winspeare am 7.7. festgelegt habe.“ Gehlhoff berichtete weiter, er habe inzwischen erfahren, „daß die DDR das Mittagessen in Genf angenommen, zugleich aber gebeten hat, vor dem Mittagessen ein offizielles Gespräch mit U Thant im Palais des Nations zu führen.“ Diese Bitte habe U Thant abgelehnt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 634; VS-Bd. 9843 (I C 1); B 150, Aktenkopien 1971.

¹⁵ Am 7. Juli 1971 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Hassel: „Generalsekretär U Thant hat seine für Anfang Juli 1971 nach Genf geplante Reise aus Gesundheitsgründen abgesagt. Damit ist das für diesen Aufenthalt in Genf in Aussicht genommene Treffen mit dem Außenminister der DDR entfallen. Nach Berichten aus Genf muß aber damit gerechnet werden, daß der VN-Generalsekretär in der ersten Septemberwoche zum Beginn der Atomenergie-Konferenz nach Genf fährt und hierbei den Gedanken eines Treffens mit Winzer wieder aufgreift.“ Vgl. VS-Bd. 4475 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1971.

¹⁶ UNO-Generalsekretär plante einen Besuch in der UdSSR vom 23. bis 28. Juni 1971. Am 21. Juni 1971 wurde bekanntgegeben, daß der Besuch wegen einer Krankheit von U Thant abgesagt werden müsse. Vgl. dazu UN MONTHLY CHRONICLE, Bd. VIII, Nr. 7, S. 25 f.

¹⁷ Zum Ostpakistani-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 206.

213

**Ministerialdirigent van Well, z.Z. Washington,
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-12288/71 geheim
Fernschreiben Nr. 1395

Aufgabe: 17. Juni 1971, 13.00 Uhr¹
Ankunft: 17. Juni 1971, 19.13 Uhr

Auch für Buka-Amt (MD Sahm)

Betr.: Bundeskanzlerbesuch²;
hier: Beamtengespräche

Es folgt Niederschrift über Besprechung im State Department am 15.6.1971 unter Vorsitz von Hillenbrand:

I. DDR und internationale Organisationen

Mr. Spiro (Planungsstab des State Departments) fragte nach den deutschen Zeitvorstellungen für die Verwirklichung des 20. der Kasseler Punkte³.

Herr van Well bezog sich in seiner Antwort zunächst auf die in Lissabon von den vier Außenministern beschlossene Überprüfung der Studie der Bonner Vierergruppe.⁴ Hierbei werde man sich insbesondere mit dem zeitlichen Verhältnis zwischen den einzelnen Vorgängen in den Ost-West-Beziehungen befassen müssen, zumal West und Ost unterschiedliche Zusammenhänge zwischen einzelnen Komplexen hergestellt hätten. Wenn er sehr optimistisch sein wolle, würde er sagen:

- Im Laufe des Sommers könnten die Vier Mächte grünes Licht für die innerdeutschen Berlin-Verhandlungen geben. Die Vier Mächte hätten bereits mehr selbst erledigt, als wir erwartet hätten, so daß die innerdeutsche Phase günstigenfalls etwa zwei Monate brauchen werde.
- Im Oktober oder November könnten dann die gesamten Berlin-Verhandlungen abgeschlossen werden.
- Dann werde der Ratifizierungsprozeß des Moskauer und Warschauer Vertrages eingeleitet werden. Im Herbst – September oder Oktober – werde der Bundesminister des Auswärtigen möglicherweise nach Moskau reisen.⁵ Der Ratifizierungsprozeß werde etwa drei Monate dauern. Wir hofften, daß die Drei Mächte, wie wir es auch planten, bilateral auf Moskau einwirken würden, damit während der Dauer des Ratifizierungsprozesses Kollisionen mit der DDR im internationalen Bereich möglichst vermieden würden.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld am 18. Juni 1971 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat I A 5 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wimmers am 18. Juni 1971 vorgelegen.

² Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 208.

³ Für Punkt 20 der Vorschläge der Bundesregierung vom 21. Mai 1970 („20 Punkte von Kassel“) vgl. Dok. 192, Anm. 23.

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Scheel mit den Außenministern Douglas-Home (Großbritannien), Rogers (USA) und Schumann (Frankreich) am 2. Juni 1971 in Lissabon; Dok. 196.

⁵ Bundesminister Scheel hielt sich vom 25. bis 30. November 1971 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 416–420.

- Mit der Verwirklichung der Moskauer Absichtserklärungen⁶ wollten wir warten, bis der Moskauer Vertrag ratifiziert sei. Dabei müßten die Positionen der Drei Mächte und der Bundesrepublik gegenüber der DDR durch einen noch auszuhandelnden Disclaimer abgesichert werden.
- Die Verhandlungen mit der DDR würden wohl sehr schwierig sein und vielleicht nicht sofort zu einem umfassenden Grundvertrag, sondern zu einer Reihe von nacheinander folgenden Vereinbarungen führen. Eventuell werde es nach der Vereinbarung über den Berlin-Verkehr und im Zusammenhang mit einem allgemeinen Verkehrsvertrag nur zu einem Austausch von Absichtserklärungen kommen. Bevor die Bundesrepublik einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen stelle, müsse der Bundestag ein entsprechendes Gesetz beschließen. Jedoch könnte die für die UNO-Aufnahme notwendige Vier-Mächte-Vereinbarung und die innerdeutsche Absprache über die Modalitäten des Beitritts schon vorher getroffen werden.

Mr. Skoug fragte, ob das erste innerdeutsche Abkommen nur den 20. der Kasseler Punkte und allenfalls noch einige Absichtserklärungen umfassen solle.

Herr van Well erwiderte, daß in dem Abkommen jedenfalls auch einige das innerdeutsche Verhältnis betreffende Fragen geregelt werden müßten, die zu menschlichen Erleichterungen führen würden. Er verwies auf eine Regelung des Besucherverkehrs im Verkehrsvertrag, die der Besuchsregelung im Berlin-Abkommen ähnlich sein würde.

II. Stockholmer Umweltkonferenz⁷

Mr. Hillenbrand sagte, man sei im State Department über den Verlauf der Prager Umweltkonferenz nicht besonders glücklich gewesen, weil ihr ursprünglicher Zweck durch die Auseinandersetzung mit der DDR völlig verfälscht worden sei.⁸ Die amerikanischen Umweltexterten befürchteten sehr, daß sich eine solche unerfreuliche Entwicklung bei der Stockholmer Konferenz wiederholen könnte. Allerdings seien die Voraussetzungen der beiden Konferenzen sehr verschieden. Bis zum nächsten Frühjahr könne sich auch hinsichtlich der DDR einiges geändert haben. Auf jeden Fall wäre es zweckmäßig, rechtzeitig auf das VN-Generalsekretariat einzuwirken, damit es die bisherige Einladungspraxis nicht ändere.

Herr van Well erklärte, es sei das Beste, an der Wiener Formel⁹ festzuhalten. Man müsse sich aber darauf einstellen, daß die Vereinten Nationen, sicherlich aber die Schweden, sich um Kompromißvorschläge bemühen würden. Vielleicht sei es ratsam, die Entscheidung über die Einladung auf die nächste ECOSOC-Konferenz¹⁰ zu vertagen; damit würde man Zeit gewinnen.

⁶ Für den Wortlaut der Leitsätze 5 bis 10 vom 20. Mai 1970 für einen Vertrag mit der UdSSR („Bahr-Papier“), die bei den Moskauer Verhandlungen vom 27. Juli bis 7. August 1970 als Leitsätze 1 bis 6 zu „Absichtserklärungen“ zusammengefaßt wurden, vgl. BULLETIN 1970, S. 1097 f.

⁷ Zur geplanten Umwelt-Konferenz der UNO in Stockholm vgl. Dok. 192, Anm. 17.

Zur Frage einer Teilnahme der DDR an der Konferenz vgl. Dok. 254.

⁸ Vom 3. bis 10. Mai 1971 fand in Prag ein Symposium der ECE über Umweltfragen statt. Zur Frage einer Beteiligung der DDR vgl. Dok. 99, Anm. 6.

⁹ Für Artikel 48 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen („Wiener Formel“) vgl. Dok. 133, Anm. 7.

¹⁰ Die 51. Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC) fand vom 5. bis 30. Juli 1971 in Genf statt.

Überhaupt solle man im Herbst versuchen, die Sowjets für eine Stillhalte-Absprache in der Frage der Zulassung der DDR zu internationalen Organisationen und Konferenzen zu gewinnen. Sie könnten dann vielleicht daran interessiert sein, wenn der Ratifizierungsprozeß für den Moskauer Vertrag zur gleichen Zeit anlaufe, den sie wohl kaum besonders stören und belasten wollten.

Im übrigen sei damit zu rechnen, daß es Ende d. J. im Zusammenhang mit einer Berlin-Regelung, mit KSE und MBFR Bewegung um die DDR geben werde. Vielleicht könnten wir im Frühjahr tatsächlich von einer anderen Basis aus operieren.

III. Berlin

Mr. Hillenbrand fragte, wie wir die ziemlich harte Haltung der Sowjets beim letzten Botschaftsrats-Gespräch¹¹ beurteilten. Er habe auch sonst russische Signale erhalten, daß man mit einer Beschleunigung der sowjetischen Verhandlungsführung nicht rechnen könne. Man müsse sich fragen, ob dies ein weiteres Beispiel bekannter sowjetischer Verhandlungsmethoden sei, ob ein Zusammenhang mit dem SED-Parteitag¹² bestehe oder ob der Weggang Falins aus Moskau tatsächlich eine Rolle spiele. Sein Gesamteindruck sei, daß man mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen kaum rechnen könne.

MDg van Well wies darauf hin, daß man das Botschaftsrats-Treffen am 26. bis 28.5.¹³ auf westlicher Seite vielleicht zu optimistisch beurteilt habe. Er habe es auch für einen Fehler gehalten, im NATO-Kommuniqué von „Fortschritt“ zu sprechen¹⁴, weil die Sowjets dann denken könnten, sie hätten schon zu viel gegeben. In der letzten Botschaftsratssitzung hätten weder West noch Ost neues zu bieten gehabt. Der Vorgang zeige, daß man zwischen zwei Sitzungen ausreichend Zeit zur Vorbereitung brauche. Er bitte die amerikanische Seite, bilateral auf die Sowjets einzuwirken, damit sich ähnliches nicht wiederhole. Hierum seien auch die Briten und die Franzosen gebeten worden. StS Frank werde in diesem Sinne mit Botschafter Falin sprechen.

Insgesamt gesehen seien in der Zugangsfrage wesentliche Fortschritte erzielt worden. In der Frage der Außenvertretung lägen die Standpunkte aber noch weiter auseinander.¹⁵ Die Sowjets zielten hier auf einen offenen Dissens im Vertrage ab, auf eine „eingebaute Konfrontation“, die dem Zweck des Vertrages widerspreche. Sie hätten erklärt, es gebe hier zwei verschiedene, aber gleichberechtigte Standards. Sie würden natürlich überall dafür eintreten, daß der sowjetische Standard sich durchsetze. Wir hielten es für das beste, nur einen generell gültigen Standard der Außenvertretung anzustreben, der von allen vier Vertragspartnern zugrunde gelegt werden müsse. Vielleicht sei es möglich, im Text die Bezugnahme auf das allgemeine Prinzip der Außenvertretung durch

¹¹ Zum Vier-Mächte-Gespräch über Berlin auf Botschaftsratsebene vom 9. Juni 1971 vgl. Dok. 207, Anm. 6.

¹² Der VIII. Parteitag der SED fand vom 14. bis 20. Juni 1971 in Ost-Berlin statt.

¹³ Zu den Vier-Mächte-Gesprächen über Berlin auf Botschaftsratsebene Ende Mai 1971 vgl. Dok. 196, Anm. 5.

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 3./4. Juni 1971 in Lissabon; Dok. 207, Anm. 12.

¹⁵ Vgl. dazu den gemeinsamen Entwurf der Vier Mächte vom 28. Mai 1971 für ein Abkommen über Berlin in der Fassung vom 23. Juli 1971 vgl. Dok. 226.

die Bundesrepublik fallen zu lassen, wenn ihr Gesamthalt im einzelnen so definiert werde, daß die jetzige Praxis voll gedeckt werde.

Wir würden hier aber kein sowjetisches Einlenken erreichen können, wenn wir nicht in der Frage der sowjetischen Präsenz in West-Berlin entgegenkämen.¹⁶ Man könne dieses Problem nicht bis zum Ende der Verhandlungen zurückstellen. Das habe der Herr Bundeskanzler Botschafter Rush gesagt; er werde es hier in Washington wiederholen.

Mr. Hillenbrand wies darauf hin, daß eine Verbesserung der sowjetischen Präsenz in West-Berlin von der Berliner Bevölkerung übel aufgenommen werden und eine sehr nachteilige psychologische Wirkung haben werde, wenn nicht gleichzeitig die westlichen Rechte in Ost-Berlin verbessert würden. Dies sein ein wesentlicher Grund für die amerikanische Zurückhaltung; tatsächlich häuften sich Anzeichen in dieser Richtung aus West-Berlin selbst.

StS Bahr habe wiederholt erklärt, daß die innerdeutschen Verhandlungen äußerst schwierig und langwierig sein würden und daß man daher viel Zeit brauchen werde, um „das Gesamtpaket zu schnüren“. „Grünes Licht“ für die innerdeutschen Verhandlungen könne es doch wohl erst geben, wenn die vier Botschafter die erste Phase der Verhandlungen insgesamt erledigt und unterschrieben hätten; auch müsse schon die Schlußakte parapiert sein. Stimme die deutsche Seite damit überein?

Herr van Well antwortete, wir seien hier nicht festgelegt, sondern paßten uns den Entwicklungen an. Zunächst hätten wir gedacht, für das „grüne Licht“ brauchten die vier Botschafter nur ein paar Prinzipien zu fixieren und ein Kommuniqué darüber herauszugeben. Dann habe man sich auf den Standpunkt gestellt, daß nur der Zugangsteil sowie der Teil über die innerstädtischen Verbindungen unter den vier Botschaftern abgeschlossen sein müsse. Bei der letzten Vierer-Konsultation in London¹⁷ habe StS Bahr erklärt, daß die Sowjets eher bereit seien, vieles auf der Vier-Mächte-Ebene zu klären als die DDR bereit sei, Zugeständnisse auf der innerdeutschen Ebene zu machen. So ständen gegenwärtig die Vier-Mächte-Verhandlungen ganz im Mittelpunkt; es wäre ein Fehler, hieran etwas zu ändern.

Wir seien jetzt aber bezüglich der Haltung der DDR nicht mehr so skeptisch wie vor vier Wochen in London. Darum hätten wir auch so großen Wert darauf gelegt, daß ein erfolgreicher Abschluß der Berlin-Verhandlungen sämtliche Berlin-Verhandlungen, nicht etwa nur die der Vier Mächte, einschließen müsse. Nach außen hin empfehle es sich allerdings, die These aufrechtzuerhalten, daß wir sehr beunruhigt seien über die Haltung der DDR.

Mr. Hillenbrand fragte, warum wir die Haltung der DDR jetzt wieder etwas positiver einschätzten. Lügen uns konkrete Nachrichten über eine Änderung vor?

Herr van Well verwies auf die Bereitschaft der DDR, die Aufnahme einer Zugangsverpflichtung durch die Sowjets zuzulassen. Moskau habe uns auch wis-

¹⁶ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. zuletzt Dok. 160 und weiter Dok. 215.

¹⁷ Zur Sondersitzung der Bonner Vierergruppe auf Direktorenebene am 17./18. Mai 1971 in London vgl. Dok. 173, Anm. 6, sowie Dok. 192, Anm. 11 und 15.

sen lassen, daß die DDR folgen werde, wenn die Sowjetunion eine Verpflichtung eingehe.

[gez.] van Well

VS-Bd. 9823 (I A 5)

214

Ministerialdirigent van Well an die Botschaft in Washington

II B 2-81.30/2-867/71 geheim

Fernschreiben Nr. 647

Aufgabe: 18. Juni 1971, 19.15 Uhr¹

Betr.: Gespräch Staatssekretär Bahr/Kissinger am 17.6. im Weißen Haus²;
hier: MBFR

Das Gespräch, an dem noch die Herren Sutterlin, Sonnenfeldt und van Well teilnahmen, verlief in der MBFR-Frage wie folgt:

Staatssekretär Bahr verwies einleitend auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers gegenüber Außenminister Rogers über die Problematik einer auf amerikanische und sowjetische Truppen beschränkten ersten Reduzierung.³ Wenn sie über einen unwesentlichen symbolischen Prozentsatz hinausginge, müsse sie auch einheimische Truppen umfassen.

Auf Kissingers Frage nach den Gründen führte Staatssekretär Bahr an, daß es einmal innenpolitische Schwierigkeiten geben würde, wenn die eigenen Verteidigungslasten nicht entsprechend verringert werden würden, und daß es zum anderen vermieden werden müsse, daß die Bundeswehr einen überproportionalen Umfang im Verhältnis zu den übrigen westlichen Truppen in Mitteleuropa erhält.

Kissinger bemerkte, daß er diese Gründe verstehe und den zweitgenannten Grund sogar selbst seit längerem ins Feld führe. Die Schwierigkeiten gingen vor allem dahin, daß Reduzierungen von einheimischen Truppen besonders große Verifikationsprobleme aufwürfen. Diese Truppen müßten wohl demobilisiert werden. Zum anderen sei es vorteilhaft, wenn der Westen sich zunächst auf

¹ Hat Ministerialdirektor von Staden am 20. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Botschafter Roth am 21. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Lahn am 22. Juni 1971 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Groll am 24. Juni 1971 vorgelegen.

² Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1971 anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Brandt in Washington auf. Für das Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, am 16. Juni 1971 vgl. Dok. 210 und Dok. 211. Bahr und der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, erörterten ferner die Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) und die polnischsprachigen Programme des Senders „Radio Free Europe“. Vgl. dazu Dok. 215, sowie Dok. 245, Anm. 2.

³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rogers am 15. Juni 1971 in Washington vgl. Dok. 209.

eine Verringerung der sowjetischen Streitkräfte konzentrieren würde, weil diese auf der Ostseite die größte Offensivkraft darstellten. Ferner sei es der amerikanischen Innenpolitik förderlich, wenn die Relationen zwischen den in Europa stationierten amerikanischen und den westeuropäischen Truppen etwas in Richtung auf den westeuropäischen Beitrag korrigiert würden.

Dieser Fragenkomplex werde, so sagte Kissinger, am 17.6. im Nationalen Sicherheitsrat erörtert, Entscheidungen würden jedoch nicht getroffen. Es handle sich zunächst darum, die Argumente für und gegen die Reduktionsmethodik und die verschiedenen Optionen einer ersten Prüfung zu unterziehen.

Staatssekretär Bahr schnitt dann die Frage der zeitlichen Aufeinanderfolge von MBFR-Schritten an. Soll es sich bei der ersten Reduktion nur um einen symbolischen Schritt handeln, der mehr auf die psychologische Wirkung abstellt und keine Folgen für die Sicherheitslage haben würde? Sei das Ziel hierbei hauptsächlich die amerikanische Innenpolitik?

Schließlich warf Staatssekretär Bahr die Frage nach dem Reduzierungsraum auf. Kissinger warf ein, daß auch dieses Problem am 17.6. im Nationalen Sicherheitsrat besprochen werde. Herr Bahr hob hervor, daß man sich nicht auf Bundesrepublik und DDR beschränken dürfe. Auch Kissinger hielt dies für eine inakzeptable Option. Herr Bahr wies darauf hin, daß es schon gefährliche präjudizielle Folgen haben könne, wenn man beim ersten Schritt ausschließlich amerikanische Truppen aus der Bundesrepublik und sowjetische aus der DDR abzüge. Kissinger stimmte dem voll zu. Deutschland sei ein zu schmaler Reduzierungsraum. Man könne an den Rapacki-Raum⁴ oder an die „NATO Guideline Area“⁵ denken. Jedenfalls, so betonte Kissinger, werde die amerikanische Regierung in keiner dieser Fragen einseitig vorgehen.

Staatssekretär Bahr gab zu, daß für den amerikanischen Hausgebrauch sicherlich am wirkungsvollsten eine Verringerung der amerikanischen und sowjetischen Truppen sei, aber wir müßten darauf Wert legen, daß auch die Bundeswehr einbezogen werde, allein schon aus Gründen der gerechten Lastenverteilung. Kissinger erwiderte, daß nach amerikanischer Ansicht bisher die Lasten zum Nachteil der Vereinigten Staaten disproportional verteilt seien. Hierauf erwiderte Staatssekretär Bahr, daß schon jetzt 90 Prozent der Landstreitkräfte von der Bundeswehr gestellt würden, aber nur 75 Prozent der Luftstreitkräfte. Man müsse auch die qualitativen Proportionen im Auge behalten. So habe er beim Abendessen im Weißen Haus am 15.6. Senator Mansfield nachdenklich gestimmt, als er ihn fragte, was denn nun aus den taktischen Nuklearwaffen werde, wenn die amerikanischen Truppen reduziert würden. Eine Übergabe an deutsche Truppen stünde ja wohl nicht zur Debatte.

⁴ Zu den zwischen 1957 und 1964 vorgelegten Abrüstungsvorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki vgl. Dok. 210, Anm. 22.

⁵ Vgl. dazu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf die Besatzungstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Staatssekretär Bahr kam schließlich auf die Gefahr zu sprechen, daß ein geringer Reduzierungssatz eine Euphorie erzeuge, die Forderungen nach weiteren Reduktionen auslösen könnte, wobei angesichts der dünnen westlichen Verteidigungslinie schon geringe Prozentsätze die Sicherheitslage beeinträchtigen würden.

Kissinger meinte, daß relativ kleine Sätze wie 4 bis 6 Prozent die Verteidigungslage wohl nicht wesentlich berühren würden. Anders wäre es über 10 Prozent. Dann beginne der Rückführungszeitraum für Amerika kritisch zu werden. Er erwähnte bei 10 Prozent M plus 3 Wochen, bei 30 Prozent würde es noch schlechter (M plus 60 Tage). Hinzu käme für den Westen der Nachteil, daß der Verteidiger immer den gesamten Frontabschnitt decken müsse, während der Angreifer seine Truppen massieren kann. Größere Reduzierungssätze seien daher für den Westen sehr riskant.

[gez.] van Well⁶

VS-Bd. 4556 (II B 2)

215

Ministerialdirigent van Well an die Botschaft in Washington

II A 1-84.20/11-868/71 geheim
Fernschreiben Nr. 649

Aufgabe: 18. Juni 1971, 19.15 Uhr¹

Betr.: Gespräch Staatssekretär Bahr/Kissinger am 17.6. im Weißen Haus²;
hier: Berlin

Staatssekretär Bahr warf das Thema der sowjetischen Präsenz in Westberlin auf.³ Er habe Zweifel, ob man bei den Verhandlungen, über deren sonstige Aspekte auf westlicher Seite Einvernehmen bestünde, ohne baldige Eröffnung der Diskussion der sowjetischen Präsenzfrage weiterkommen könne. Wir hielten den Gedanken eines sowjetischen Generalkonsulats nicht für so schlecht, wie er auf den ersten Blick erscheinen möge. Der Bundeskanzler habe Präsident Nixon gesagt, daß man die Sowjets in Westberlin am besten unter Kontrolle

⁶ Paraphe vom 18. Juni 1971.

¹ Hat Ministerialdirektor von Staden am 20. Juni 1971 vorgelegen.

² Staatssekretär Bahr hielt sich vom 14. bis 18. Juni 1971 anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Brandt in den USA auf. Für das Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, am 16. Juni 1971 vgl. Dok. 210 und Dok. 211.

Bahr und der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, erörterten ferner die Themen MBFR und die polnischsprachigen Programme des Senders „Radio Free Europe“. Vgl. dazu Dok. 214, sowie Dok. 245, Anm. 2.

³ Zur Frage der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) vgl. Dok. 160.

halten könne, wenn sie sich dort als Konsulat etablierten.⁴ Das zeige ja auch, daß sie in Westberlin keine vierte Besatzungsmacht seien.⁵

Kissinger antwortete, daß die Frage des Generalkonsulats bisher bei ihm nicht anhängig sei. Er habe noch keine feste Meinung. Wichtig sei, daß das Arrangement nicht Teil des Vier-Mächte-Abkommens würde. Denn sonst könnten die Sowjets, falls die Westmächte aus gegebenem Anlaß gegen das sowjetische Konsulat Repressalien ergreifen würden, das Berlin-Abkommen in Frage stellen.

Sutterlin und Kissinger stellten abschließend fest, daß es sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht um eine Diskussion über die Zulassung eines sowjetischen Generalkonsulats handeln könne. Die Überlegungen seien noch nicht weit genug gediehen. Botschafter Rush werde jetzt Instruktionen bekommen, um beim Botschafter-Gespräch am 25. Juni die sowjetische Präsenz unterhalb der offiziellen Regierungspräsentation mit den Sowjets diskutieren zu können.⁶

van Well⁷

VS-Bd. 4521 (II A 1)

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Nixon am 15. Juni 1971 in Washington; Dok. 208.

⁵ Am 8. Juni 1971 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blumenfeld für Referat V 1, daß Referat II A 4 an seinen grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulats in Berlin (West) festhalte: „Eine genaue Abgrenzung zwischen der konsularischen Tätigkeit des Konsuls und der Wahrnehmung von Aufgaben, die als Ausübung der Vier-Mächte-Rechte gedeutet werden können, läßt sich nicht ziehen. So heißt es in Art[ikel] 16 Abs[atz] II des deutsch-sowjetischen Konsularvertrags, daß der Konsul zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern beiträgt. Kontakte zum Senat werden ihm bei dieser Umschreibung seiner Kompetenz auch in politisch relevanten Fragen nur schwer versagt werden können. Sind diese Kontakte erst einmal fest etabliert, könnten die Sowjets leichter darangehen, ihren niemals aufgegebenen Anteil an den Vier-Mächte-Rechten auch formell auf das Generalkonsulat zu übertragen. [...] Die Errichtung eines Generalkonsulats würde es also den Sowjets auf lange Sicht sehr erleichtern, sich auf behutsame, notfalls aber auch sehr dezidierte Weise eine zunehmende Mitsprache oder gar ein behauptetes Mitspracherecht in Berlin (West) zu sichern.“ Vgl. VS-Bd. 4646 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1971.

Am 24. Juni 1971 antwortete Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schenck, daß die Drei Mächte möglichen sowjetischen Bestrebungen, einem sowjetischen Generalkonsul in Berlin (West) unter Berufung auf den Konsularvertrag vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR ihren Anteil an den Vier-Mächte-Rechten für Berlin formell zu übertragen, durch Hinweis auf die bestehenden Vier-Mächte-Vereinbarungen zu begegnen. Danach gebe es „nur einen Vier-Mächte-Status für ganz Berlin. Die Wiederherstellung der Vier-Mächte-Verwaltung ‚Groß-Berlins‘ könnte jederzeit durch Rückkehr des sowjetischen Vertreters in die Alliierte Kommandantur Berlin erfolgen. Einen auf West-Berlin begrenzten Vier-Mächte-Status, in dessen Rahmen eine sowjetische Präsenz in den drei westlichen Sektoren gerechtfertigt wäre, gibt es indessen nicht.“ Darüber hinaus würden die Drei Mächte „Versuche eines sowjetischen Generalkonsuls, politische Beziehungen zum Senat von Berlin aufzunehmen oder gar Kontrollbefugnisse unter Berufung auf den Vier-Mächte-Status auszuüben, jederzeit unterbinden können. Denn die Beziehungen Berlins zu auswärtigen Staaten gehören zu den Sachgebieten, auf denen die Drei Mächte sich die Ausübung ihrer – auf der obersten Gewalt in Berlin (West) beruhenden – Kompetenz ausdrücklich vorbehalten haben.“ Vgl. VS-Bd. 4646 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1971.

⁶ Zum 22. Vier-Mächte-Gespräch über Berlin vom 25. Juni 1971 vgl. Dok. 223.

⁷ Paraphe vom 18. Juni 1971.

216

Botschafter Gehlhoff, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 635
Cito

Aufgabe: 18. Juni 1971, 23.00 Uhr
Ankunft: 19. Juni 1971, 04.55 Uhr

**Betr.: Zusammentreffen des Bundeskanzlers mit VN-Generalsekretär
U Thant¹**

Bundeskanzler Brandt wurde 18.6. von Generalsekretär U Thant zu einem etwa 45 Minuten währenden Gespräch empfangen. U Thant war von Untergeneralsekretär Guyer und zwei weiteren Mitarbeitern begleitet, der Bundeskanzler von den Staatssekretären Bahr und Ahlers sowie dem Unterzeichneten.

1) Der Bundeskanzler erklärte einleitend, daß die Bundesregierung die Aufgaben und die Arbeit der Vereinten Nationen mit Interesse verfolge und in allen Sonderorganisationen der VN aktiv mitarbeite. Unser Schwergewicht liege auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Es wäre für uns wichtig, wenn das Generalsekretariat einen allgemeinen und verbesserten Schutz für Experten und Entwicklungshelfer in Entwicklungsländern ausüben könnte.

Zur gegenwärtigen Lage in Europa und der Politik der Bundesregierung führte der Bundeskanzler aus:

Die von der Bundesregierung verfolgte Entspannungspolitik, vor Jahresfrist von mancher Seite noch als sensationell empfunden, sei heute allgemein akzeptiert. Es bestehe eine vernünftige Hoffnung auf eine befriedigende Regelung des Berlinproblems.

Daran anschließend könnte die Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau² eingeleitet werden. Die Kontakte mit Ostberlin, die durch die beiden Treffen in Erfurt und Kassel eingeleitet wurden³, seien bisher nur wenig vorangekommen. Sobald aber durch eine Grundsatzvereinbarung der Vier Mächte über Berlin grünes Licht gegeben sei, könnten Gespräche mit der DDR über technische Einzelheiten aufgenommen werden.

Im Westen Europas habe man sowohl wirtschaftlich wie politisch gute Erfolge für eine engere Zusammenarbeit und Einigung erzielt. Zusammen mit den anderen Ländern Westeuropas leisteten wir unseren Beitrag zur Entspannung. Wir ordneten uns damit in die allgemeine Entwicklung ein, die u. a. durch SALT und MBFR gekennzeichnet sei. Nach Zustandekommen einer Berlin-Regelung könne man auch an die multilaterale Vorbereitung einer KSE herangehen.

¹ Bundeskanzler Brandt hielt sich im Anschluß an einen Besuch am 12./13. Juni 1971 in Jamaika vom 14. bis 16. Juni 1971 in Washington und am 17./18. Juni 1971 in New York auf.

² Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BULLETIN 1970, S. 1094.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BULLETIN 1970, S. 1815.

³ Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des Ministerrats, Stoph, trafen am 19. März in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel zusammen. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 124, bzw AAPD 1970, II, Dok. 226.

Es sei unser ernsthaftes Bemühen, die Probleme, die zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden bestehen, einer Lösung näherzubringen. Wir wollten vermeiden, die internationalen Organisationen, an ihrer Spitze die Vereinten Nationen, zur Bühne für „querelles allemandes“ zu machen. Die Bundesregierung sei bereit, Regelungen auf der Grundlage des gleichen Rechts, der Souveränität und der Nichteinmischung zu treffen. Die angestrebten Verträge würden die gleiche Rechtsgültigkeit haben wie Verträge im Völkerrecht. Dagegen sei es uns nicht möglich, die Teilung Deutschlands völkerrechtlich anzuerkennen, auch wenn wir wüßten, daß wir mit der Teilung, die nicht auf unsere eigene Entscheidung zurückgehe, bis auf weiteres leben müßten. Auf Seiten der DDR allerdings werde noch ein Kurs starker Abschirmung verfolgt. Offenbar befürchtet man in Ostberlin, daß jeder Zuwachs an Verbindungen zur Bundesrepublik die Grundlagen der DDR-Herrschaft gefährden könne. Eine deutsche Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sei in Punkt 20 der Kasseler Punkte⁴ aufgeführt. Diese Reihenfolge ergebe sich von selber, denn einerseits wollten wir die internationalen Organisationen nicht mit zusätzlichen Problemen belasten und andererseits würde die notwendige Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten wahrscheinlich nur erschwert, wenn wir den dritten Schritt vor dem ersten täten. Wegen dieser Zusammenhänge müßten wir unsere Freunde und Partner überall in der Welt bitten, Verständnis für unsere Politik und unser Vorgehen aufzubringen und uns hierbei nicht zu stören.

2) Generalsekretär U Thant beglückwünschte den Bundeskanzler zu der von ihm eingeleiteten und erfolgreich geführten Politik. Er sprach ferner seinen aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe aus, die die Bundesregierung den Aktivitäten der VN, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, stets habe zukommen lassen. Er habe verschiedentlich, sowohl privat wie öffentlich, seinen großen Respekt vor der kühnen und mutigen Politik des Bundeskanzlers ausgesprochen. Da das eigentliche Problem der Gegenwart sei, den Unterschied zwischen den reichen und den armen Ländern zu überwinden, sei es im Sinne der Politik des Bundeskanzlers ganz besonders wichtig, Gegensätze zwischen Ost und West abzubauen.

U Thant bedankte sich für die Anregungen der Bundesregierung zu einem verbesserten Schutz von Experten und Entwicklungshelfern. Er stehe hierüber mit seinen Rechtsberatern in Gedankenaustausch. Eines Tages müßte dieses Thema von der Vollversammlung behandelt werden.

Eingehend äußerte sich U Thant zu der Krise in Ostpakistan und dem daraus resultierenden Flüchtlingsproblem.⁵ Er stehe in ständiger Verbindung mit der pakistanischen und der indischen Regierung. Aufgrund der letzten ihm zugegangenen Nachrichten bestehe zwar noch kein Anlaß, optimistisch zu sein, doch sei er auch nicht mehr ganz pessimistisch. Das Problem Ostpakistan sei nicht mehr durch eine Amnestie, sondern nur durch die volle Wiederherstellung der Zivilverwaltung und Übergabe der Macht in der einen oder anderen Form an die Awami-Liga zu lösen. Die VN würden durch ihre Organisationen das größtmögliche Maß an Hilfe leisten, könnten aber nicht selber, wie es gele-

⁴ Für Punkt 20 der Vorschläge der Bundesregierung vom 21. Mai 1970 („20 Punkte von Kassel“) vgl. Dok. 192, Anm. 23.

⁵ Zum Ostpakistan-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 206.

gentlich verlangt werde, die Verteilung aller Hilfsgüter bis ins letzte Dorf vornehmen.

3) Im Anschluß an das Gespräch gab der Generalsekretär zu Ehren des Bundeskanzlers ein Frühstück, an dem einige hohe VN-Beamte, die Vertreter der Vier Mächte, die Vertreter Belgiens, Italiens und Polens (europäische, nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats) sowie die Begleiter des Bundeskanzlers, mein Ständiger Vertreter⁶ und ich teilnahmen. Das Essen verlief in aufgelockerter Weise. Reden wurden nicht gewechselt.

4) Der Besuch des Bundeskanzlers bei den Vereinten Nationen fand in VN-Kreisen starke Beachtung. Hierin spiegelt sich auch die hohe Einschätzung wider, die der Person und der Politik des Bundeskanzlers in den Vereinten Nationen entgegengebracht wird.

[gez.] Gehlhoff

Referat I A 5, Bd. 330

217

Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Ministerpräsident Laraki

21. Juni 1971¹

Vermerk über die Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit dem marokkanischen Ministerpräsidenten am 21.6.1971 von 12.30 Uhr bis 13.15 Uhr und von 19.15 bis 20.15 Uhr in seinem Arbeitszimmer.²

Von marokkanischer Seite nahmen der Generalsekretär des marokkanischen Außenministeriums, Herr Skalli, von deutscher Seite Botschafter Hendus, MinDirig. Dr. Sanne, MinDirig. Dr. Müller und die Dolmetscherin Frau Bouverat teil.

Der *Premierminister* stellte die Auffassungen seiner Regierung zum Nahost-Konflikt dar. Die Lösungsversuche seien zur Zeit in einer Sackgasse.³ Präsi-

⁶ Edgar von Schmidt-Pauli.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 22. Juni 1971 im Bundeskanzleramt gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Müller am 28. Juni 1971 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Leider hat sich Botschafter Hendus nicht – wie abgespr[ochen] – am 25. bei mir gezeigt; ich hatte vor, ihn bei der Abfassung des Informationserlasses heranzuziehen. Wir sollten wohl – falls nicht durch Ortex geschehen – unsere Missionen kurz unterrichten. M. E. genügt Schrifterlaß plus Kommuniké.“

Außerdem verfügte Müller die Weiterleitung an Referat I B 4 und vermerkte dazu: „Unter besonderem Hinweis auf meinen eigenen Vermerk über das Vormittagsgespräch füge ich auf S. 4 eine Ergänzung ein.“ Vgl. Anm. 12.

² Ministerpräsident Laraki hielt sich vom 21. bis 25. Juni 1971 in der Bundesrepublik auf.

dent Sadat wolle einen ehrenvollen Frieden mit dem Staat Israel. Er habe ihn, Laraki, gebeten, erneut mit Präsident Nixon zu sprechen. Er habe dies abgelehnt, denn was könne er dem amerikanischen Präsidenten anderes sagen, als das, was er ihm bei seinem Besuch vor sechs Wochen⁴ schon vorgetragen habe.

Israel sperre sich gegen eine Lösung. Wenn Washington und Moskau wirklich wollten, könnten sie sowohl den Israelis wie den Arabern eine Lösung auferlegen. Da sie aber offenbar nicht dazu bereit seien, müsse versucht werden, alle Regierungen, die freundschaftliche Beziehungen zu Israel unterhalten, zur Einflußnahme auf Tel Aviv zu bewegen. Die arabische Seite habe alle ihre möglichen Konzessionen angeboten. Sie könne nichts weiteres tun. Wenn Israel die zur Zeit gegebene Chance verpasse, werde im Nahen Osten eine kriegerische Auseinandersetzung beginnen, die Generationen dauern könne.

Der *Bundeskanzler* erklärte die Bedeutung des Versuchs der EG-Staaten, zu einer gemeinsamen Haltung in den Nahost-Fragen zu kommen. Dies sei nicht überall richtig verstanden worden. Das eigentlich Neue sei nicht der Inhalt des Nahost-Papiers der Sechs⁵, sondern der Versuch, zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu gelangen.

Die Bundesregierung wolle tun, was sie könne, um im Nahost-Konflikt mäßigend auf die einzuwirken, die es angehe. Sie habe das auch schon sowohl bei den Russen wie bei den Israelis versucht. Ihr Einfluß sei jedoch begrenzt, zumal sie mit einer Reihe arabischer Staaten keine diplomatischen Beziehungen habe.⁶

Er würde es vorziehen, wenn eine Lösung nicht durch die Supermächte auferlegt, sondern mit der Zustimmung aller Beteiligten zustande kommen würde. In diesem Zusammenhang interessiere ihn, ob die marokkanische Regierung sich etwas von der Wiederaufnahme der Vermittlungstätigkeit von Botschafter Jarring⁷ verspreche.

Der *Premierminister* antwortete, Marokko habe Herrn Jarring immer wieder ermutigt, glaube aber, daß er in diesem Stadium überfordert sei. Deshalb hiel-

Fortsetzung Fußnote von Seite 999

³ Vgl. dazu den Vorschlag des Sonderbeauftragten der UNO für den Nahen Osten, Jarring, vom 8. Februar 1971; Dok. 64, Anm. 13.

Zur Reaktion der ägyptischen und der israelischen Regierung vgl. Dok. 64, Anm. 14, bzw. Dok. 70, Anm. 19 und 20.

⁴ Ministerpräsident Laraki hielt sich am 15. April 1971 zu einem privaten Besuch in Washington auf.

⁵ Für den im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Nahost-Bericht vom 13./14. Mai 1971 vgl. Dok. 143.

Zu den Konsultationen vgl. Dok. 174.

⁶ Zum Abbruch der diplomatische Beziehungen durch neun arabische Staaten zwischen dem 12. und 16. Mai 1965 vgl. Dok. 23, Anm. 26.

Mit Jordanien wurden die diplomatischen Beziehungen am 27. Februar 1967 wieder aufgenommen, mit der Arabischen Republik Jemen am 15. Juli 1969. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 63, und AAPD 1969, II, Dok. 228.

⁷ Zur Mission des Sonderbeauftragten der UNO für den Nahen Osten, Jarring, vgl. Dok. 43, Anm. 3, und Dok. 64, Anm. 13.

Am 25. März 1971 unterbrach Jarring die Bemühungen um eine Vermittlung im Nahost-Konflikt und kehrte auf seinen Posten als schwedischer Botschafter in Moskau zurück. Am 12. Mai 1971 nahm er die Tätigkeit in New York als Sonderbeauftragter wieder auf.

te es seine Regierung für besser, wenn die Gespräche zwischen den Außenministern Rogers und Gromyko fortgeführt würden.⁸

Der Premierminister erkundigte sich, ob die Bundesregierung ihm einen Ratsschlag geben könne, was von arabischer und insbesondere marokkanischer Seite noch zur Lösung der Fragen beigesteuert werden könnte.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er auf diese Frage gerne am nächsten oder übernächsten Tag zurückkommen und dann eine Antwort geben würde.⁹

Der *Premierminister* kam dann auf die Lage im Maghreb zu sprechen und schilderte die Entwicklung der Beziehungen Marokkos zu seinen Nachbarn seit 1968. Mit Mauretanien und Algerien seien die wichtigsten Probleme praktisch gelöst. Mit Algerien werde demnächst ein Vertrag über den Grenzverlauf und die gemeinsame Ausbeutung von Erzvorkommen im Grenzgebiet unterzeichnet. Die marokkanische Regierung hoffe auf deutsches Kapital bei der Erschließung der 1,2 Mio. t Erzvorräte. Mit Spanien seien die Beziehungen leicht verbessert worden, doch scheine in Madrid in dieser Übergangsperiode niemand grundsätzliche Entscheidungen fällen zu wollen. Marokko sei nicht wegen der Phosphatvorkommen an der spanischen Sahara interessiert, sondern aus strategischen und geopolitischen Gründen. Europa könne kein Interesse haben, daß sich nach dem von Spanien angekündigten Rückzug aus der Sahara¹⁰ dort ein

⁸ Der amerikanische Außenminister Rogers und sein sowjetischer Amtskollege Gromyko führten vom 22. bis 30. September 1969 Gespräche über eine Lösung des Nahost-Konflikts.

⁹ Dazu vermerkte Ministerialdirigent Müller, er habe „auf eine Frage des Herrn Bundeskanzlers im Anschluß an das Gespräch Bundeskanzler-Laraki eine sofortige Prüfung des Problems der Einschaltung Larakis zugesagt“ und vorgeschlagen, „man möge den Besuch des Herrn Bundesministers in Israel abwarten“. Vgl. die Aufzeichnung vom 21. Juni 1971; Referat I B 4, Bd. 564.

Mit Schreiben vom 22. Juni 1971 legte Bundeskanzler Brandt Ministerpräsident Laraki noch einmal die Haltung der Bundesrepublik zum Nahost-Konflikt dar und hob hervor, daß die Bundesrepublik alle Friedensbemühungen unterstütze: „Wir sind jedoch auch bereit, nach der Wiederherstellung des Friedens alles in unserer Macht Stehende zu tun, um zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung im Nahen Osten beizutragen.“ Ohne Lösung des Problems der Palästina-Flüchtlinge werde „auch eine politische Nahost-Lösung keinen Bestand haben“. Vgl. Referat I B 4, Bd. 564.

¹⁰ Am 16. Dezember 1969 nahm die UNO-Generalversammlung eine Resolution an, in der das Recht der Bevölkerung der Spanischen Sahara auf Selbstbestimmung bekräftigt wurde und Konsultationen der spanischen Regierung über ein Referendum angemahnt wurden. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2591 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, SERIE I, Bd. XII, S. 281 f.

Ansprüche auf das Gebiet erhoben neben Marokko auch Algerien und Mauretanien. Am 17. September 1970 informierte Botschafter Hendus, Rabat, über die Konferenz des Königs Hassan II. mit den Präsidenten Boumedienne und Daddah am 14. September 1970 in Nouadibhou: „Eine Interessenabgrenzung unter den drei teilnehmenden Staaten scheint auch diesmal nicht erfolgt zu sein.“ Das Communiqué enthalte nicht mehr als die Bekräftigung der „Einheitsfront gegenüber Spanien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat I B 4, Bd. 566.

Am 20. Januar 1971 berichtete Hendus, daß Marokko und Spanien um eine einvernehmliche Lösung bemüht seien, zumal „die Bemühungen Marokkos um eine Allianz mit Algerien und Mauretanien zur Unterstützung des marokkanischen Anliegens angesichts der eigenen algerischen und mauretanischen Interessen nicht den Erfolg gehabt haben, den man sich hier davon versprochen hat.“ Jedoch werde sich Spanien mit einem Referendum wohl Zeit lassen: „Es erscheint zweifelhaft, daß Madrid seinen in Rabat bekannten Standpunkt, nach dem nur etwa 56 000 Einwohner als echte Saharouis anerkannt werden, entscheidend modifizieren wird. Von dieser Einwohnerzahl würden etwa 10 000 wahlberechtigt sein. Marokko wird sich kaum mit seiner extremen Forderung durchsetzen können, als Saharoui der Spanischen Sahara jeden anzuerkennen, der sich durch Namen, Religion, Sprache und Brauchtum legitimiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 47; Referat I B 4, Bd. 566.

kommunistischer Satellitenstaat bilde. Man müsse eine regionale Lösung für das Problem in Zusammenarbeit mit Europa finden.

Bedauerlich seien die derzeit schlechten Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich. König Hassan habe mehrfach versucht, die Kontakte wieder herzustellen. Marokko wolle nicht, daß Boumedienne in gleicher Weise wie Nasser 1964 in die Arme des Ostens gedrängt werde. Für die Entwicklung in Tunesien sei nicht die Haltung Libyens wichtig, sondern das, was in Algerien passiere. Wenn Algerien sich zu stark an den Ostblock anlehne, sitze Tunis zwischen Hammer und Amboß. Der Westen dürfe Algerien nicht in eine Isolierung treiben.

Der *Bundeskanzler* dankte dem Premierminister für diese Darstellung und erläuterte seinerseits den Stand der Bemühungen der Bundesregierung um eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion, den osteuropäischen Staaten und insbesondere der DDR. Er erläuterte, warum die Bundesregierung daran interessiert sei, bei ihren Bemühungen um einen Modus vivendi im innerdeutschen Verhältnis nicht durch dritte Staaten gestört zu werden.¹¹ Auf Sicherheitsfragen übergehend äußerte er die Meinung, daß es zwar im nächsten oder übernächsten Jahr zu einer ESK kommen könne, daß aber wohl das Problem der MBFR schon zu einem früheren Zeitpunkt verhandlungsfähig sein werde.

Zur Frage der Beziehungen Marokkos zum Gemeinsamen Markt gab der *Premierminister* dem Wunsch seiner Regierung Ausdruck, die bisherigen vertraglichen Beziehungen weiter auszubauen. Marokko habe eine politische Option vorgenommen, als es 1969 den Vertrag mit Brüssel schloß.¹² Wichtig sei für sein Land die weitere Entwicklung, damit über den kommerziellen Bereich hinaus auch eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Technik, der Finanzen und des Einsatzes der Arbeitskräfte eingeleitet werden könne.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er sei überzeugt, daß die Teilassoziiierung Marokkos vom Jahre 1969 nur eine erste Etappe gewesen sei. Die Bundesregierung werde sich für die Interessen der Assoziierten einsetzen. Die erweiterte Gemeinschaft werde eine weltoffene Haltung einnehmen. Marokko könne jederzeit auf diplomatischem Wege das Gespräch mit der Bundesrepublik über etwaige Probleme aufnehmen. Die deutsche Seite werde mit Offenheit antworten und alle ihr möglichen Anstrengungen unternehmen.

Das Gespräch wandte sich zuletzt den bilateralen Problemen zu. Hier bat der *Premierminister* hauptsächlich um deutsche Hilfe für die Erfüllung des marokkanischen Fünfjahresplans und Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen.

¹¹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Müller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Laraki kam auf diesen Punkt am Abend zurück und sagte: Marokkos Politik sei Rußland u[nd] gegenüber seinen Freunden zuverlässig.“ Vgl. Anm. 1.

¹² Das Abkommen über eine Assoziierung von Marokko mit der EWG wurde am 31. März 1969 in Rabat unterzeichnet und trat am 1. September 1969 in Kraft. Es hatte eine Laufzeit von fünf Jahren und sah vor, daß nach drei Jahren über ein neues Abkommen auf breiterer Grundlage verhandelt werden sollte. Vgl. dazu DRITTER GESAMTBERICHT 1969, S. 371 f.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß der Premierminister am nächsten Tage Gespräche mit dem Bundeswirtschafts- und Finanzminister¹³ sowie mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit¹⁴ haben werde. Er bäte ihn, mit diesen Kabinettsmitgliedern die Fragen im einzelnen zu besprechen, müsse allerdings jetzt schon auf gewisse Haushaltsschwierigkeiten hinweisen, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesregierung in den nächsten Jahren beschränken würden.

Der *Premierminister* bat außerdem um Fortführung der Militärhilfe.¹⁵

Der *Bundeskanzler* wies auf die starke Strömung im Parlament hin, Ausrüstungshilfe künftig überhaupt nicht mehr zu gewähren. Er könne noch nicht sagen, wie die Diskussion mit den Ausschüssen enden werde, halte aber persönlich die bisherige Zusammenarbeit zwischen Marokko und der Bundesrepublik auf diesem Gebiet für vernünftig.

Von sich aus nahm der Bundeskanzler die Frage der illegalen marokkanischen Arbeiter in der Bundesrepublik auf.¹⁶

Der *Premierminister* wies darauf hin, daß seine Regierung alles tue, um schon die Ausreise Illegaler zu verhindern. Es gebe aber in Frankreich eine halbe Million Marokkaner, und es sei schwierig, seinen Landsleuten in Marokko zu verbieten, ihre Verwandten in Frankreich zu besuchen. Wenn sie dann von dort aus nach Deutschland weiterreisten, könne die marokkanische Regierung dagegen nichts tun. Er bitte aber die Bundesregierung darum, das bisher gezeigte Verständnis für die Probleme der marokkanischen Arbeiter weiterhin zu beweisen und Maßnahmen wie Ausweisungen und dergleichen nach Möglichkeit zu verhindern.

Referat I B 4, Bd. 564

¹³ Das Gespräch mit Bundesminister Schiller fand am 22. Juni 1971 statt. Erörtert wurden „das angebliche marokkanische Defizit im Außenhandel mit der Bundesrepublik“ und die Kapitalhilfe. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lebsanft vom 23. Juni 1971; Referat I B 4, Bd. 564.

¹⁴ Erhard Eppler.

¹⁵ Das Wort „Militärhilfe“ wurde von Ministerialdirigent Müller gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Ausrüstungshilfe, die im wesentlichen den Sanitätssektor betreffe“.

¹⁶ Am 26. Mai 1971 informierte Vortragender Legationsrat Bindewald die Botschaft in Rabat über eine Ausländerkonferenz von Vertretern des Bundesministeriums des Innern und der Innenministerien der Länder. Nordrhein-Westfalen etwa bestehe darauf, „jeden illegalen Marokkaner“ abzuschieben, und habe den „Einwand, daß Landesverweisungen von Gruppen von 51 Illegalen spektakuläre Massenabschiebungen darstelle“, nicht gelten lassen: „Unser Eindruck: Hoffnungsloses Unterfangen, auf Innenministerium von NRW einzuwirken. Verstimmung auch wegen aufgelaufener, von Marokko nicht bezahlter Rückführungskosten von ca. 400 000 DM.“ Vgl. Referat I B 4, Bd. 565.

218

Runderlaß des Gesandten Poensgen**III E 2-84.00/2****Aufgabe: 23. Juni 1971, 16.06 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 3120 Plurex****Cito****Betr.: Verhandlungen EG–Großbritannien²**

1) Nach über 30-stündigen Verhandlungen haben sich EG und britische Delegation heute in den frühen Morgenstunden über die entscheidenden Beitrittsprobleme geeinigt. Damit ist in fast einjährigen Verhandlungen³ – unter deutschem und französischem Vorsitz in EG – entsprechend Haager Zielsetzung und Zeitplan⁴ Weg zur Erweiterung frei. Zugleich ist auch dem britischen Wunsch entsprochen, vor der Sommerpause Klarheit über die wesentlichen Beitrittsbedingungen zu haben.

Verhandlungserfolg beruhte auf festem politischen Willen aller Beteiligten, den Durchbruch zu erzielen. Insbesondere französische Delegation (Minister Schumann und Giscard) hat sich in der Schlußphase weitgehend den Positionen der fünf Partner angenähert und damit den Kompromiß EG–Großbritannien ermöglicht. Kommission hat erheblich zum guten Ausgang beigetragen.

2) Erzieltes Ergebnis entspricht unseren Vorstellungen und kommt britischen Wünschen weit entgegen.

In den wichtigsten Bereichen (Einfuhr von Milcherzeugnissen aus Neuseeland⁵; britischer Beitrag zur Gemeinschaftsfinanzierung⁶) sind endgültige Regelungen

¹ Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lautenschlager konzipiert.

² Die achte Verhandlungsrunde des EG-Ministerrats mit Großbritannien fand vom 21. bis 23. Juni 1971 in Luxemburg statt.

³ Die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Großbritannien wurden am 30. Juni 1970 eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 289.

⁴ Vgl. dazu Ziffer 13 des Kommuniqués der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag; Dok. 31, Anm. 8.

⁵ Am 23. Juni 1971 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EG), die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien seien sich darüber einig gewesen, daß die Regelungen für Neuseeland „Ausnahmecharakter“ trügen: „Am Ende der Übergangszeit 1977 wird die Mengengarantie für Butter 80% und für Käse 20% der vor der Übergangszeit garantierten Mengen betragen. Das Neuseeland garantierte Preisniveau wird dem gleichen, das es auf dem Markt des Vereinigten Königreichs im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1972 erzielte. Ab 1978 gibt es für Käse keine mengenmäßige Garantie mehr, während 1975 die Organe der erweiterten Gemeinschaft die Lage bei Butter im Lichte von Angebot und Nachfrage in den wichtigsten Erzeuger- und Verbraucherländern der Welt, insbesondere in der Gemeinschaft und in Neuseeland, überprüfen werden; darauf wird der Rat die Maßnahmen beschließen, die geeignet sind, die Ausnahmeregelung für Neuseeland über den 31.12.1977 hinaus aufrecht zu erhalten und die Modalitäten dafür festzulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Referat III A 2, Bd. 309.

⁶ Über die Einigung hinsichtlich der Übergangsmaßnahmen im Finanzbereich informierte Botschafter Sachs, Brüssel (EG): „Die britische Delegation nahm den nach längeren Erörterungen auch von den Delegationen der Mitgliedstaaten gebilligten Kompromißvorschlag der Kommission an, demzufolge der britische Beteiligungssatz 1973: 45 %, 1974: 56 %, 1975: 67,5 %, 1976: 79,5 % und 1977: 92 % vom jeweiligen Basissatz (BSP-Anteil plus Margen) betragen wird. Dies entspricht einer Beteiligung am Gesamthaushalt der Gemeinschaft von 8,64 %, 10,85 %, 13,34 %, 16,02 % und 18,92 %. Hinsichtlich der Korrektive wurde beschlossen, daß die Kommission am Ende des Jahres 1977 den Bei-

gefunden worden. Auf anderen Gebieten sind Verfahrensentscheidungen getroffen, die eine Einigung über die noch offenen bedeutenden materiellen Fragen erwarten lassen (insbesondere Fischerei⁷).

3) Wir erwarten, daß sich ein vergleichbarer Stand der Verhandlungen auch mit den anderen drei Beitrittsanwärtern noch vor der Sommerpause erreichen läßt, so daß die Beitrittsverhandlungen bis zum Jahresende abgeschlossen sein können. Bis dahin werden jedoch noch eine Reihe schwieriger Probleme zu bewältigen sein.⁸

4) Gemeinschaft hat erneut ihre Fähigkeit bewiesen, eine große politische Aufgabe zu bewältigen. Ein wesentliches, seit Jahren verfolgtes Ziel unserer Integrationspolitik ist greifbar nahe.

Heutiges Ergebnis wird sich auch förderlich auf die Fortentwicklung der Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion auswirken.

5) Das Verhandlungsergebnis ist fair und ausgewogen. Die Gemeinschaft hat ihren Beitrag geleistet, damit die britische Regierung die bevorstehenden Erörterungen der Beitrittsfrage in Parlament und Öffentlichkeit Großbritanniens bestehen kann.

6) Einzelerlasse zur weiteren Information bleiben vorbehalten.

Poensgen⁹

Referat III A 2, Bd. 309

Fortsetzung Fußnote von Seite 1004

trag errechnen soll, den Großbritannien in dem Jahr gezahlt hätte, wenn das System der eigenen Mittel in vollem Umfang auf es angewandt worden wäre. Im ersten auf die Übergangszeit folgenden Jahr wird der britische Beitrag nur um 2/5, im folgenden Jahr um 4/5 des Unterschieds zwischen dem britischen Beitrag 1977 und dem von der Kommission berechneten Beitrag erhöht. Der volle Beitrag wird 1980 geleistet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 75 vom 23. Juni 1971; Referat III A 2, Bd. 309.

⁷ In der achten Verhandlungsrunde des EG-Ministerrats mit Großbritannien vom 21. bis 23. Juni 1971 in Luxemburg wurde eine Einigung darüber erzielt, „daß die gemeinsame Fischereipolitik der besonderen Art des Fischfangs, insbesondere auch hinsichtlich seiner sozialen Struktur und der natürlichen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen, Rechnung tragen muß“. Die Europäischen Gemeinschaften erklärten sich bereit, die bestehende Fischerei-Struktur-Verordnung, die den Grundsatz des freien Zugangs zu den Küstengewässern der EG-Mitgliedstaaten regelte, mit Blick auf den Schutz der Küstenfischerei der Beitrittskandidaten für eine noch festzulegende Übergangszeit zu prüfen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 29. Juni 1971; Referat III A 2, Bd. 309.

⁸ In den Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften am 7. Juni 1971 in Luxemburg akzeptierten Dänemark und Irland die zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien vereinbarten Übergangsregelungen im Agrarbereich und die Ausnahmeregelungen für die Einfuhr von Milcherzeugnissen aus Neuseeland. Offen blieb noch die Regelung der Fischereifrage. In der Sitzung der Ständigen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten mit Dänemark am 29. Juni 1971 erteilte die dänische Regierung ferner ihre Zustimmung zur Finanzierung der Gemeinschaftspolitik und zum System der Eigenmittel auf der Basis der mit Großbritannien erzielten Einigung. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 8/1971, S. 80–82.

Am 21. Juni 1971 erklärte sich die norwegische Delegation in den Beitrittsverhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg bereit, die Vereinbarungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien hinsichtlich der Einfuhr von Zucker aus den Commonwealth-Staaten sowie von Milcherzeugnissen aus Neuseeland zu akzeptieren. Sie billigte ferner die Vorschläge zur Finanzierung der Gemeinschaftspolitik und der Eigenmittel, forderte jedoch weitere Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 8/1971, S. 82.

⁹ Paraphe.